Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postgesetzungspreisliste für 1886 unter Nr. 709.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennig. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Der Streik zu Decazeville

hat eine große sozialpolitische Bedeutung gewonnen, welche verdient, besonders hervorgehoben zu werden.

Wir haben unsere Leser über den Verlauf des Streiks fortwährend unterrichtet, so daß wir uns an dieser Stelle nicht kurz fassen können.

In der Nummer vom letzten Dienstag befindet sich in der „Politischen Uebersicht“ ein Bericht aus Paris über die Decazeviller Arbeitseinstellung, der im Wesentlichen die Situation klarstellt. Sämtliche unter der Erdoberfläche verborgenen Werthe gehören nach einem älteren Gesetze in Frankreich dem Staate. Derjenige, welcher eine Mine entdeckt und die Erlaubniß zur Ausbeutung derselben erhalten hat, wird Nutznießer derselben; die Erlaubniß zur Ausbeutung aber kann der Staat zurückziehen, wenn der Ausbeuter durch Einstellung des Betriebs zeigt, daß er keinen Gebrauch mehr von der Mine machen will.

Darauf stützen sich die Streikenden in Decazeville, da die Gesellschaft, der die dortigen Minen gehören, mehrmals schon gedroht hat, den Betrieb einzustellen.

Der Staat soll dann veranlaßt werden, die Ausbeutung der Minen durch die gegenwärtigen Nutznießer für verfallen zu erklären und sie den verbündeten Arbeitern zur Ausbeutung zu überlassen. Für diese Idee sind innerhalb und außerhalb des Parlaments die Sozialisten und Arbeitervereinigungen thätig.

Und seitdem diese Idee aufgetaucht ist, sind die streikenden Arbeiter in Decazeville ruhig und besonnen. Kein Aufruhr kommt mehr vor, keine tollen Schimpfereien, keine albern Phrasen werden mehr gemacht — bewußte Entschlossenheit ist an ihre Stelle getreten.

Ob sich diese Assoziationsidee gleich bei dem ersten Anlaufe verwirklicht, darauf kommt es gar nicht an. Die französischen Arbeiter aber haben etwas Greifbares vor sich, auf welches sie ihre Agitation richten können und richten werden.

Denn nicht die Decazeviller Gruben allein kommen in Betracht. Wenn diese einer Arbeiterassoziation erst übertragen sind, dann folgen die anderen bald nach.

Wenngleich jetzt schon die Agitation für die angebotene Idee eine sehr rege ist, wenngleich selbst der Arbeitsminister Baisant im ersten Kaufsch die Zusage gemacht hat, sich der Verwirklichung jener Idee anzunehmen, so ist doch die Gegnerschaft der herrschenden Bourgeoisgesellschaft gegen diesen ersten Schritt, die Arbeiter selbstständig zu machen, noch allzugroß, als daß sie so leicht überwunden werden könnte.

Feuilleton.

Die Tochter des Bankrotteurs.

Roman aus der Gegenwart

von

Gustav Köffel.

Er nahm auch die Gelegenheit wahr, um frühere irrige Ansichten Hörnes über die Baronin zu berichtigen, und ebnete den Boden zu einer entsprechend günstigeren Beurteilung derselben und ihres holden Schützlings damit, daß er sämtliche Anwesenden in Getränke frei hielt und noch weitere Libationen in Aussicht stellte. Es war ein Stimmensang, aber hier war er am Plage — — —

Indessen sahen Erna und die Baronin noch in dem uns bekannten Partierzimmer in vertrautem Gespräch. Wie viel hatten sie einander nicht noch zu sagen und zu fragen, bis eine späte Stunde daran mahnte, für heute dem erschöpften Körper Ruhe zu gönnen.

„Ach, und nun denke ich erst daran,“ sagte jetzt die Baronin, „daß Deine alten Zimmer noch immer nicht hergerichtet sind. Die Restaurationsarbeiten sind zwar vollendet, aber nach den Veränderungen, welche jene Nacht mit sich brachte, hatte ich keine Veranlassung mehr, Deine Zimmer wieder für Dich einrichten zu lassen. Auch heute habe ich noch nicht einmal Zeit gefunden, daran zu denken. Du wirst nun schon die Nacht im Fremdenzimmer bleiben müssen; morgen freilich — — —“

„Kein Wort mehr, liebe Mama,“ entgegnete Erna. Die Erinnerung hat ihre Schrecknisse verloren, seitdem ich wieder bei Dir bin. Dem Kampf, den mir die letzte Nacht in jenem Zimmer brachte, soll heute der Frieden folgen.“

„Und möge er fortan stets an Deinem Lager wachen,“ sagte die Baronin, indem sie Erna einen Kuß auf die Stirn drückte.

Dann schieden sie für die Nacht. In ihrem matt erhellten Schlafzimmer saß Erna allein.

So hat denn auch der Arbeitsminister auf Drängen seiner Kollegen im Ministerrathe, unter der Bemerkung, er sei mißverstanden worden, seine frühere Zusage zurückgezogen.

Die Arbeiter von Decazeville aber halten fest an der ministeriellen Zusage und nicht sie allein, sondern zahlreiche Arbeitergruppen in ganz Frankreich. Sie rechnen sicher darauf, daß die Decazeviller Arbeiter Eigentümer ihrer Kohlengruben werden. Die Decazeviller Arbeiter aber wollen jetzt um jeden Preis ausharren.

Die Sozialisten in Frankreich begreifen übrigens auch die Wichtigkeit der ganzen Frage; deshalb stehen die Geldmittel viel reichlicher, als zu Anfang des Streiks. Auch der Pariser Gemeinderath ist dieshalb mit der Bewilligung von 10 000 Franks mit gutem Beispiel vorgegangen.

Natürlich wünschen auch wir, daß die Arbeiter von Decazeville in ihrem Kampfe ausharren und die Gesellschaft zwingen, den Betrieb einzustellen.

Es ist kein Kampf um die Vortheile einzelner Arbeiter, es ist vielmehr ein Kampf um ein gesundes sozialistisches Prinzip.

Und ein solcher Kampf thut gerade den in zahlreiche Fraktionen zersplitterten und an die „Macht der Phrase“ gewöhnten französischen Sozialisten Noth. Es ist ein Kampf, der zur Einigkeit und zum vollen Verständniß der sozialen Frage dort führen kann.

Ein Sieg der Arbeiter aber wäre entscheidend für die weitere Entwicklung der französischen Republik. Deshalb schon wird der Kampf eine sehr hartnäckiger werden. Denn auch die Bourgeoisie in Frankreich begreift, daß sie durch einen Sieg der Arbeiter gerade in diesem Falle an den Anfang ihres Endes gestellt wird.

Noch mag der Kampf diesmal ausfallen, wie er will und wir glauben, daß er noch zu Gunsten der Bourgeoisie ausfällt — so ist immerhin eine Anregung gegeben, auf welche sich die Arbeiter in Frankreich in ihren weiteren Entwicklungskämpfen stützen werden.

Der Hebel aber ist an der richtigen Stelle angelegt und mit vereinten Kräften werden nach und nach die französischen Arbeiter die Macht der Bourgeoisie aus den Angeln heben und die vom Staate unterstützten Assoziationsideen verwirklichen.

Glück auf!

Worte und Thaten.

Wenn der Arbeiter Alles das, was heute um ihn vorgeht, ernst nehmen wollte, so könnte er versucht sein zu glauben, er

Sie war von den Ereignissen des Tages noch zu sehr erregt, um schon jetzt ihr Lager aufsuchen zu können. Sie hatte sich einen Sessel zum Kamin gerollt und saß hier nun in träumerischer Verunkenheit, ihren Gedanken nachhängend.

Sie dachte von diesem Augenblick zurück bis in die ersten Tage ihrer Kindheit. Allmählig fielen ihr die müden Augen zu und ihre Gedanken spannen sich im Traume weiter fort bis zu dem Tage, wo sie an dieser selben Stelle den geheimen Gang entdeckte.

Sie hörte mit erschreckender Deutlichkeit das Geräusch des von der Wand zurücktretenden Bildes. Ein eifrig kalter Luftzug wehte sie an, und dann vernahm sie eine Stimme, welche ihren Namen nannte. Sie kannte diese Stimme — es war diejenige ihrer Mutter.

„Erna!“ rief sie wieder; und nun fuhr sie empor. Aber ebenso rasch sank sie in den Sessel zurück, das Auge angstvoll vor sich hin gerichtet. Da stand sie wirklich — ihre Mutter!

„Erna,“ sprach diese jetzt in tiefster Bewegung. „Mein Kind — mein Kind!“

Auf einen Augenblick war es Erna, als ob ihr das Herz springen müsse vor innerem Weh, denn dieser war der Ton der wahren Mutterliebe. . . . Und doch kam er von unreinen Lippen, und doch sprach so dieselbe Frau, welche, um ihre Schuld zu verbergen, sie selbst, ihr eigenes Kind, hatte überreden wollen, die Gattin eines Schurken zu werden. Sie erhob sich. Kalt und strenge blickte sie auf ihre Mutter.

„Sprechen Sie nicht so mit mir, Frau Dahlberg,“ sagte sie, „Sie haben kein Recht dazu. Mit dem Augenblick, wo Sie aus Contard's Händen die Sie kompromittirenden Briefe nahmen, mit dem Versprechen. . . . Nun, Sie kennen es ja. . . . Mit jenem Augenblick begaben Sie sich Ihrer Mutter- und Ihrer Frauenwürde für immer. Mehr brauchte ich nicht zu wissen, mehr will ich nicht wissen, wenigstens nicht anders, als aus dem Munde der Baronin, die nach dem Herzen meine wahre Mutter ist. Die Thüren des Hauses sind verschlossen. Sie können also nur durch den geheimen Gang hier herein gebrungen sein; und daß Sie diesen kennen, eröffnet mir einen weiteren

Stand an der Schwelle eines goldenen Zeitalters. So viele „Freunde“ hat er noch niemals gehabt, wie heute; Allen, Pharisiern, Böllern und Sündern, drängt sich um ihn, schüttelt ihm die „schwierige Bruderhand“ und schwört ihm tausend Eide, daß Alles, was geschehe, nur sein Wohl bezwecke, nur sein Interesse im Auge habe. Werthwüdig ist dabei nur, daß im Ganzen dennoch Alles so ziemlich beim Alten bleibt und daß der Mangel an schönen Thaten gerade so groß ist, wie der Ueberfluß an schönen Worten!

Diese Erscheinung ist an sich nicht wunderbar. Die Arbeiter sind, seitdem sie den Werth der Vereinigung kennen gelernt, eine Macht geworden, die man allseitig anerkennt, und da versteht es sich ganz von selbst, daß diejenigen, die mit dem großen Strom zu schwimmen pflegen, sich in hellen Haufen herbeidrängen, um der neuen Macht zu huldiven. Das ist immer so gewesen. Man rechnet dabei auf eine Naivität im Volke, wie sie sich leider gar oft schon in Wirklichkeit gezeigt hat. Die herrschenden Klassen sind der Meinung, ein wenig gnädige Herablassung und einige Schmelzeleien seien hinreichend, das Volk über seine schwierige Lage hinwegzutäuschen, und ihm jene kindliche Zufriedenheit beizubringen, die das Ideal spießbürgerlicher Alterweisheit ist. Wäre sie wirklich ein Ideal, so wäre ja der Normalmensch jener Karawe, der von den Früchten des Brodfruchtbaumes lebt. Er hat nur einige Tage im Jahr zu arbeiten und dafür versorgt ihn der gefällige Brodfruchtbaum für das ganze Jahr mit Brodstoff. Der glückliche und zufriedene Karawe bringt dann seine Zeit unter dem närenden Baume brütend und ins Leere starrend zu.

Nein, die Arbeiter sind heute nicht mehr so naiv, das höchste Glück ihres Lebens in der Herablassung „gnädiger Herren“ zu erblicken. Sie wissen, daß sie die Träger der großen und neuen Ideen unserer Zeit sind. Das macht sie selbstständig und selbstbewußt. Sie wissen ganz genau, was sie wollen, und werden sich davon nicht abdrängen lassen. Was sie fordern, ist die Schaffung einer eigentlichen Arbeitergesetzgebung, die wir in Deutschland bis jetzt nicht haben. Daß diese Forderung nur die Grundlage für eine Reihe weiterer Forderungen ist, liegt auf der Hand.

Die alten Parteien, deren „Arbeiterfreundlichkeit“ noch so reuen Datums ist, haben versprochen, eine solche Arbeitergesetzgebung zu schaffen. Was sie aber an positiven Versuchen zu Stande gebracht, glebt ihnen den Anschein, als wollten sie eher eine zeitgemäße Arbeitergesetzgebung verhindern, denn eine solche zu Stande bringen. Da ist es denn auch ganz angebracht, daß die Arbeiter auf ihren Forderungen energisch bestehen und sich durch keinen Phrasenmel der Blick trüben lassen.

Man versucht es, die Forderungen der Arbeiter als die Folge einer künstlich genährten Unzufriedenheit darzustellen. Das ist eitel Grusel: wenn die Zustände so wären, daß die Arbeiter auch nur annähernd auskömmlich leben könnten, so würden auch die härtesten Aufregungen wirkungslos an ihnen vorübergehen. Was aber die Ursache ist, daß der Arbeiter mit seinem Looze nicht zufrieden sein kann, das legt der Dichter in

erschreckenden Blick in Ihre Vergangenheit, vor dem mein Auge zurückbebt. Der Schleier, welcher für mich so lange darüber gelagert, ist zerrissen durch Ihre eigene Hand. Sie haben zwei Menschenleben vernichtet und das Glück zweier Familien zerstört. Lassen Sie es genug damit sein, Ihre stehenden Bitten, von denen Sie dem Schurken Contard sprachen, werden mich so wenig rühren, wie Ihre Drohungen. Nichts gewinnt mich Ihnen zurück, und ob die Welt darüber untergeht, ich opfere mich Ihren Plänen nicht.“

„Arms Kind,“ erwiderte die Andere mit traurigem Kopfschütteln, „in welcher bitteren Täuschung bist Du über Diejenige befangen, deren Herz dem Deinen das nächste sein sollte, sein würde, wenn man Dich mir nicht ganz entfremdet und ein unglücklicher Zufall Dir nicht das enthielt hätte, was Dir im Zusammenhang mit meinen Einkünften hätte offenbar werden sollen. Alle die schweren, wider mich erhobenen Anklagen vermag ich zu widerlegen. Segn Niemand sonst habe ich es gethan, gegen Dich will ich es thun, muß ich es thun; denn Du bist ja mein Kind und nun alt genug, um das zu vernehmen, was Dir besser niemals zu Ohren gekommen wäre.“

„Nein, nein,“ rief Erna abwehrend. „Schweigen Sie auch jetzt. Ich fühle nicht die Kraft in mir, an Ihre Worte zu glauben. Mein Herz ist Ihnen abgewandt. . . . Ich denke an meinen Vater und mein Auge wendet sich mit Entsetzen von seiner. . . . Mörderin!“

„Die bin ich nicht,“ entgegnete ihre Mutter fest, „und Du, mein Kind, hast nicht das Recht, mich so zu nennen, weil Andere es sagen. Höre mich und lerne meine Handlungsweise verstehen. . . . dann urtheile und urtheile gerecht. Ich bin durch den geheimen Gang gekommen, ich kenne ihn. . . . es ist wahr, und mit meiner ersten Kenntniß desselben hat das ganze Unheil begonnen, welches heute noch fortwirkt nach fast zwei Jahrzehnten; ich will nicht weiter zurückgreifen, als bis zu diesem Augenblick. Der Brief hier von des Barons eigener Hand ist eine vollgiltige Erklärung für alles Folgende. Lies ihn und dann werde ich Dir mehr sagen.“

zwei Worten klar, die die Situation besser zeichnen, als lange national-ökonomische Abhandlungen. Er sagt von dem Unzufriedenen:

„Der Bedarf hat ihn gepornt,
Und gepornt hat ihn der Mangel.“

So ist es auch, und alle die phylisterhaften Moralpredigten von „lässlich genährter“ Unzufriedenheit haben dem gegenüber gar keine Bedeutung.

Es bleibt doch auch sicherlich keine „Unzufriedenheit“, die mehr begründet ist als die, welche hier in Frage kommt. Tausend und aber tausend Mal haben unsere besten Denker und Dichter die frohe Botschaft des Jahrhunderts verstanden, daß die Idee der Gleichberechtigung vor dem Gesetze unser öffentliches Leben durchdringen müsse. Ist es denn da etwas Auffallendes, wenn die Arbeiter hieran anknüpfen und verlangen, daß auch ihre Interessen von der Gesetzgebung berücksichtigt werden? Für den vorurtheilsfreien Menschen muß so etwas ganz selbstverständlich sein, er könnte sich höchstens wundern, daß man so spät beginnt, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen. Aber mit wieviel vorurtheilsfreien Menschen haben wir es wohl zu thun?

Die Arbeiter dürfen und werden sich dadurch nicht entmutigen lassen, daß bis jetzt die Versuche, ihnen mit der Gesetzgebung zu Hilfe zu kommen, so lässlich ausgefallen sind. Es gilt, diese Arbeitergesetzgebung mit einem vollständigen Geiste zu durchdringen und sie nicht im Bureaualtismus verknöchern zu lassen. Das ist nicht von heute auf morgen zu erreichen. Der Arbeiter ist sich bewußt, daß sein Ziel, sich und den Seinen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, noch viel Ausdauer und Festigkeit verlangen wird.

Politische Uebersicht.

Bizanzler und Kanzlerblatt. Schon in der vorigen Sonntagsnummer unseres Blattes bei Besprechung der Monopoldebatte im Reichstage wiesen wir darauf hin, daß, während der Minister von Bötticher behauptete, der Fürst Reichskanzler wolle das Branntweinmonopol mit allen Mitteln verteidigen, die „Nordd. Allg. Ztg.“ aber schon erklärt habe, daß bei der bevorstehenden Ablehnung des Monopols das Schwergewicht in Bezug auf die finanziellen Bedürfnisse des Reichs in die Einzellandtage gelegt werden würde. Wir fragten dabei, wer besser über die Intentionen des Reichskanzlers unterrichtet sei, der Bizanzler oder das Kanzlerblatt? Vielleicht beide nicht, lautete unsere Antwort. — Herr Staatsminister von Bötticher hat nun in der Sitzung vom vorigen Sonnabend laut stenographischem Bericht wörtlich erklärt: „Fürst Bismarck hofft aber zuversichtlich, daß die Verhandlungen in der Kommission, an die ja, wenn die Anzeichen nicht trügen, die Vorlage verwiesen werden werde, ihm Gelegenheit geben werden, seine Anschauungen über Bedeutung und Werth der Vorlage dort auseinandersetzen und sie eventuell hier in der zweiten Berathung darzulegen.“ — Entschuldigt hatte der Minister den Reichskanzler, daß derselbe durch Krankheit verhindert gewesen sei, an der ersten Berathung des Monopols im Reichstage Theil zu nehmen. Diese öffentliche, fast feierliche Erklärung des Bizanzlers erhält nun in dem Kanzlerblatt ein scharfes Dementi. Die „Post“ hatte nämlich auch ihre Hoffnung in das persönliche Erscheinen des Reichskanzlers gesetzt und wird von der „Nordd. Allg. Ztg.“ gefragt, was sie denn eigentlich von dem Erscheinen des Fürsten dort erwarte? Wenn die „Post“ glaube, er solle dort Vorschläge bezüglich einer anderen Besteuerung des Branntweins machen, so irre sich das Blatt; erst wenn das Monopol in aller Form abgelehnt sei, könne davon die Rede sein, ob eine neue Besteuerung des Branntweins von Reichswegen oder eine Besteuerung in den einzelnen Bundesstaaten in Angriff zu nehmen sei. „Wogu aber“, so fährt das Kanzlerblatt fort, „soll der Reichskanzler sich dann noch an den Kommissionsitzungen betheiligen? Daß er an dem Monopol festhält, daß er dasselbe für die richtigste Form der Branntweinbesteuerung erachtet, daran dürfte Niemand zweifeln, nachdem die jetzige Vorlage dem Reichstage zugegangen war. Diejenigen, welche trotzdem widersprechende Gerüchte in Umlauf setzten, sind durch die neuliche Verlesung des Schreibens des Reichskanzlers an den Minister v. Bötticher öffentlich in bestimmtester Weise widerlegt worden. Unseres Erachtens also liegt kein vernünftiger Grund dafür vor, daß Fürst Bismarck den Kommissionsberathungen

beizuhöhen, wohl aber sprechen gewichtige Gründe dagegen, und uns scheint, jedem wohlwollenden Deutschen muß daran gelegen sein, daß das Gewicht dieser letzteren entscheide. Die „Post“ selbst sagt in dem von uns zitierten Artikel, die völlige Ausschließlichkeit des Monopols stehe außer Zweifel, und Niemand dürfte fester davon überzeugt sein, als der Führer des Centrums; sicherlich hat er, als er für die Verweisung der Vorlage an eine Kommission stimmte, innerlich recht herzlich gelacht. Soll nun der Reichskanzler in die Kommission gehen, um dort tauben Ohren zu predigen? Oder will man ihm gar zumuthen, daß er zur Belustigung von Herrn Windthorst und Herrn Richter sich in rednerischen Leistungen ergebe? Da ein Erfolg der Vorlage ausgeschlossen ist, so ist auch die Frage der Theilnahme des Reichskanzlers an den Kommissionsberathungen für uns entschieden. Wir sind überzeugt, die „Post“ wird bei einiger Ueberlegung uns darin Recht geben, daß der Wunsch nach einer solchen Betheiligung nur von Denjenigen gehegt werden könne, welche für die Würde, die Alter und Stellung dem Fürsten Bismarck geben, kein Verständnis haben.“ Und der Herr Staatsminister von Bötticher? Hat derselbe auch kein Verständnis für die Würde, die Alter und Stellung dem Fürsten geben? Wer hat nun Recht, der Bizanzler oder das Kanzlerblatt? Kommt er oder kommt er nicht? Herr von Bötticher hat gesagt, der Kanzler hoffe selbst und zwar zuversichtlich, daß ihm sein Körperzustand gestatten werde, an den Kommissionsitzungen theilzunehmen, das Kanzlerblatt aber erklärt in unzweideutiger Weise, ohne irgendwie auf den Gesundheitszustand des Kanzlers anzuspielen, daß derselbe aus ganz anderen Gründen, also möge er noch so frisch und munter sein, sich nicht an den Kommissionsberathungen betheiligen könne. Vorläufig müßte man eigentlich dem Herrn Bizanzler Glauben schenken, da er fest und feierlich unter lautloser Stille des Reichstages die Intentionen des Reichskanzlers verkündet hat. Aber, aber — die Erklärungen des Kanzlerblatts sind nicht weniger entschieden und deutlich und der Artikel steht an der bewußten Stelle, die gemeiniglich die Arbeit des bekannten großen Kreislers verbürgen. Ist am Ende der Bizanzler, der Reichs sprachminister in Ungnade gefallen? Das Dementi ist unheimlich rücksichtslos und man darf begierig sein, auf welche Weise Herr von Bötticher dasselbe von seinen Rathscollegen abzusütteln versuchen wird.

„Die deutsche politische Presse“, so schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“, erblickte vor noch nicht sehr langer Zeit, — Ausnahmen zugelassen — ihre Hauptaufgabe darin, die leitenden Erörterungen der hohen Politik zu widmen — je „höher“ dieselbe traktirt wurde, je besser schien man zu glauben seiner Pflicht gerecht geworden zu sein — oder es wurden politische Theoreme, Doktorfragen, deren Werth nach der Spitzfindigkeit derselben abgeschätzt wurde, behandelt. Wenn nun seit einigen Jahren den wirtschaftlichen Dingen allseitige und eingehende Aufmerksamkeit geschenkt wird, so sollte man darin gewiß eine Besserung selbst dann erblicken, wenn es auch hauptsächlich die Noth der Zeit gewesen ist, welche die Aufmerksamkeit von den „höheren“ Materien auf die niederen der gewöhnlichen alltäglichen wirtschaftlichen Angelegenheiten bei uns zu Hause gelenkt hat. Mögen derartige Betrachtungen nun ausgehen, von welchem wirtschaftlichen Standpunkte sie wollen, so fehlt es darin nie an guten Rathschlägen, wie es besser werden könnte, wenn die wirtschaftliche Lage nicht befriedigt, und wie es nach besser werden könnte, wenn sie als befriedigend befunden wird. Diese Rathschläge enthalten gewöhnlich einen entwicklungsfähigen Keim, der, wenn er herausgeschält und befruchtet würde, günstige Resultate für die wirtschaftliche Prosperität liefern könnte. Aber so bald nur ein Thema zur Diskussion gestellt ist, so fehlt es auch nicht an dem „gewissenhaften“ Warner, der sich berufen fühlt, gerade diesen Vorschlag vom Standpunkte des schwächsten Besimismus zu beleuchten. So nützlich nun im Allgemeinen die Erörterung dieser Materien und des Pro und Contra im Einzelnen, in der Öffentlichkeit ist, so darf doch auch in der warnenden, retardirenden Richtung des Guten nie zu viel geschehen.“ — So das Kanzlerblatt, mit welchem wir in diesen Bemerkungen völlig einverstanden sind. Doch dürfen wir bei dieser Gelegenheit nicht verschweigen, daß es grade die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist, welche den wirtschaftlichen Vorschlägen der Sozialdemokratie gegenüber „in der warnenden

retardirenden Richtung“ des Guten zu viel thut. Das Blatt sollte sich nördlich auch erinnern, daß es gerade die Sozialdemokraten gewesen sind, welche die Presse gezwungen haben, vom Hofe der „hohen Politik“ herabzusteigen und ihre Aufmerksamkeit auf wirtschaftliche Dinge zu richten.

Eine höchst beachtende Verfügung hat das Breslauer Regierungspräsidium an die Behörden des Bezirks gerichtet. Danach sollen dieselben bei Anträgen aus Genehmigung zur Führung von Fahnen seitens der Kriegervereine stets eine Zeichnung und Beschreibung der Fahnen beifügen. Auch bei Vorlegung von Vereinsstatuten ist darauf zu sehen, aus welchen Berufsclassen der Verein sich zusammensetzt und wie die politische Haltung der Vereinsmitglieder ist. Man sieht, daß die „Demagogenerie“ in deutschen Landen wieder in hoher Blüthe steht.

Aus Greifswald schreibt man der „Post“: „In diesen Tagen ist eine von 200 Studirenden aller Fakultäten unterzeichnete Petition der hiesigen Studentenschaft an den Herrn Kultusminister abgehandelt worden, in welcher über die in hohem Grade laxe Handhabung der politischen Sittenaufsicht in Greifswald Klage geführt und der Minister gebeten wird, gegen diese, das sittliche Leben der Studentenschaft gefährdenden Mißstände geeignete Maßnahmen zu veranlassen. Wir freuen uns aufrichtig dieses mannhaften Auftretens der Greifswalder Studentenschaft und können nur wünschen, daß dieses Beispiel auch sonst Nachahmung finde. Ist wenn alle Kreise ernstlich Hand anlegen, darf man hoffen, dem sittenlosen Treiben, das leider so vielfach in den Städten sich breit macht, erfolgreich entgegenzutreten.“ — Zweierlei fällt uns an dieser Stelle auf. Erstens, daß die 200 Studirenden sich selbst so geringe sittliche Kraft zutrauen, nur mit Hilfe der Polizei ihre Unschuld bewahren zu können und zweitens, daß die „Post“ nur von dem sittenlosen Treiben in den Städten spricht. Wie die sittlichen Zustände auf dem Lande, besonders auf den Rittergütern, die Zuckerindustrie und Spiritusfabrikation betreffen, heute, zu Tage sind, davon haben die meisten Bewohner in den Städten gar keine Ahnung. Wenn nun noch, um billige Arbeitskräfte zu erzielen, ganze Scharen auswärtiger Jücker und junger Leute herangezogen und auf den Gütern kastriert werden, dann herrscht die volle Flügellosigkeit — das wissen die meisten Leser der „Post“ auch sehr gut. Deshalb nicht so phantastisch, liebe Kollegin!

Holland.

Seit einiger Zeit bestehen in den südlichen Provinzen Nordbrabant und Limburg katholische Militärvereine. An der Spitze steht in der Regel ein Kaplan. Protestantische Soldaten können zwar in das Vereinslokal eingeführt werden, sind aber nur geduldete Gäste und werden vollständig von ihren katholischen Kameraden nicht als gleichberechtigt angesehen. Die Güte dieser Vereine ist eine militärische, es bestehen auch hier Rangunterschiede, die aber wohl nicht von Ruth und Tüchtigkeit, sondern von kirchlicher Rechtgläubigkeit abhängen, und überdies verrichten die Mitglieder in der Kirche auf Kommando besondere religiöse Ceremonien. Man sieht, wie der Ultramontanismus auch im Heere festen Fuß zu fassen strebt, und seitdem der Kampf gegen die gemischte Schule so große Erfolge erzielt hat, kann man seine Kräfte getrost auch an der Armee versuchen; zu der Forderung, Katholiken und Protestanten in besondere Kompagnien einzustellen, ist der Weg dann nicht mehr weit.

Frankreich.

Der Abfall unter den französischen Monarchisten nimmt immer größere Dimensionen an. So hat nun auch im „Matin“ der ehemalige Chefredakteur des ultramontanen „Journal de Rome“, das auf Befehl des Papstes unterdrückt worden ist, Henry de Houz, eine Reihe von Artikeln begonnen, in denen er den Royalisten beweisen will, sie könnten gleich ihm nichts Besseres thun, als zu der Republik überzugehen. Herr de Houz berichtet zuerst, daß der Graf von Paris am 14. Juli 1881 zu ihm gesagt habe: „Es ist sehr wahr, daß ich meinen Freunden gerathen habe, für die Verfassung von 1875 zu stimmen, die ganz aus monarchischen Elementen zusammengesetzt war. Ich dachte, das Land würde bemerken, daß die Hauptsache darin, der König, fehle, und selbst diesem Mangel abhelfen. Ich glaube wohl, daß ich mich getäuscht habe.“ Dann fährt Herr de Houz fort: Der Irrthum eines so rechtschaffenen und loyalen Bräutigams scheint ihm mehr im Kerne, als in der äußeren Thatfache zu liegen. Aber hatte der Graf von Paris nicht schon 1871 seinen freiwilligen Beitritt zu der Form nicht minder als zum Prinzip der Republik erklärt? Seit elf Jahren beherrscht man sich ohne die Monarchie; Frankreich ist darum nicht besser daran, aber wer sei Schuld, die Leute über die Einrichtungen? Wenn die Leute, so könne man sie wechseln, wenn aber die Einrichtungen, warum habe man sie geschaffen, warum wolle man sie erhalten? Er für seinen Theil wolle lieber einen Bürger-Präsidenten als einen Bürgerkönig.

Widerstrebend nahm Erna den ihr mit zitternder Hand dargereichten Brief.

Derselbe lautete:

„Gnädige Frau! Mit diesen wenigen Zeilen lege ich mein Schicksal in Ihre Hand, das Schicksal des letzten und, wie ich leider bekennen muß, unwürdigsten Nachkommen eines einst mächtigen Rittergeschlechts. Der Name Selchow steht noch hoch im Lande, er wird als einer der ersten genannt, wenn Kreuze und Ehre in Frage kommen; wenn auch der äußere Glanz unseres Hauses in stetem Sinken begriffen ist und durch die mir (leider) anerzogenen verschwenderischen Neigungen zum vollständigen Erlöschen gebracht wurde. Ich bin nur noch Herr einer verfallenden Ruine und eines Gutes, welches kaum einem thätigen Landwirth, der ich nicht bin, eine einigermaßen annehmbare Existenz bieten würde, wie viel weniger mir, dem verwöhnten einzigen Sohn eines verschwenderischen Vaters. Soll ich noch weiter zurückgreifen, um Ihnen zu beweisen, daß es bei meiner Erziehung nicht anders kommen konnte, daß ich erst an den Rand des Abgrundes taumeln mußte, um vor den letzten Konsequenzen meiner unbesonnenen Lebensweise zurückzukehren, um zu erkennen, daß mich dieser Weg ins Verderben, zum — Verbrechen führen mußte. . . . Nein; denn das wäre eine Anklage gegen meinen nur zu guten Vater, der mir Alles nachsah und sich lieber ruinierte, als daß er mir eine Bitte versagt hätte. Genug“ der Tag kam, wo ich in alle Weltgegenden nach Geld schrieb, überall höfliche oder grob ablehnende Bescheide erhielt und die von einem Wechselgläubiger mir angebotene Substantation zur That reifen sah. Damals hatten wir die Wuchergesetze noch nicht, und der Mensch, dem ich da in die Hände gefallen, war ein moderner Vampyr. Er hatte kein Gewissen und kannte keine Gnade. . . . ein Wechsel über hunderttausend Thaler, von denen ich vielleicht die Hälfte faktisch erhalten, hatte der Einlösung, und der Wucherer wollte keine Prolongation mehr gewähren.

Was thut man in einem solchen Fall, gnädige Frau? Sie, als Dame von Welt werden es wissen. Man jagt sich eine Kugel durch den Kopf oder man heirathet, zwar nicht nach dem Herzen, sondern um Geld. Ich war zum Sterben

noch zu jung, in meinem Herzen sprudelte noch zu viel Lebenslust. . . . Ich wählte den letzteren Ausweg aus diesem unheilvollen Dilemma. Ich heirathete eine reiche Erbin aus dem Bürgerstande. . . . meine Gattin. Sie kennen sie, Sie kennen diesen Engel an Reinheit und edler Herzengüte, und Sie können sich denken, welche Ueberwindung es mich kostete, ihre unerwidert geliebene, ganz hingebende Liebe mit einem Betrage zu belohnen. Und dennoch habe ich es gethan, habe es thun müssen, um — meines Namens willen. Der Wucherer und alle anderen Gläubiger wurden voll befriedigt. Ich wollte tabula rasa machen mit meiner Vergangenheit und allen Ernstes ein neues Leben beginnen. Liebe ist meine Gattin schon nicht, so sollte sie doch niemals Grund haben, mich zu verachten. Aber, wie heißt es, gnädige Frau? Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert, und dann führt hier eine Zwangshandlung mit Nothwendigkeit eine andere herbei. Ich wollte meiner jungen Gattin, welche selbst in Wohlleben aufgewachsen und große Ausgaben zu machen gewohnt war, keinerlei Beschränkungen auferlegen; ja ich durfte ihr nicht verrathen, daß ich ihr mir vertrauensvoll überlassenes Vermögen fast ganz in meinem eigenen Nutzen verbraucht hatte. So kam auch der Tag, der mich noch einmal bei dem Wucherer sah, um neue Wechselschulden zu kontrahieren.

„Also das Vermögen von Ihrer Frau Gemahlin auch schon zu Ende?“ sagte dieser mit einem teuflischen Grinsen, für das ich ihn fast niedergehauen hätte. „Und womit wollen Sie nun bezahlen?“

Ich eröffnete Aussichten auf gute Ernten, Erbschaften und dergleichen, die aber alle dem Schurken nur ein geringfügiges Aufschub abnützten.

„Was soll mir Ihr Wechsel?“ sagte er. „Lassen Sie Ihren Geschäftsfreund, den reichen Banquier Eschenbach mit unterschreiben, dann will ich Ihnen jede beliebige Summe leihen.“

Was soll ich Ihnen noch weiter sagen, gnädige Frau; nach einem langen erbitterten Kampfe mit mir selbst beugte ich mich dem eisernen Gesetze der Nothwendigkeit. Ich hatte es zuerst noch einmal mit dem Spiel versucht. . . . ver-

gebens; ich setzte auch das Letzte dabei zu. Da, endlich brachte ich dem Wucherer den Wechsel mit der Unterschrift Ihres Gatten, die ich leicht genug von einem seiner vielen Briefe an mich auf das Wechselpapier übertragen hatte. Der Mann des Geldes lächelte bedeutungsvoll, als er die Unterschrift prüfte.

Ich glaube gar, der Teufel mußte schon damals, daß sie gefälscht war. Dennoch gab er mir das Geld, gleich bedingend, daß eine Prolongation nicht stattfinden solle. Ich gab eine besondere, diesbezügliche Zusicherung, denn ich hoffte, das Geld bis zu dem Verfalltage aufbringen zu können.

Derselbe ist da, gnädige Frau; aber nicht das Geld. Zwanzigttausend Thaler soll ich binnen acht Tagen bezahlen, oder der Wechsel geht von mir an Ihren Gatten und. . . das Gade können Sie sich denken. Ich stehe noch einmal vor der Alternative, ob Selbstmord oder — Zuchthaus. Schreckliches Wort, um so schrecklicher für einen Mann in meiner bevorzugten Lebensstellung. Jetzt würde ich ohne Bedenken Hand an mich legen, durch einen freiwilligen Sturz mit dem Pferd. . . . in den See. . . . aus dem Fenster, ein Leben beschließen, welches ich nur noch als eine unerträgliche Last empfinde. Aber nun gedöre ich nicht mehr mir selbst an. . . . meine Gattin, mein Kind! . . . Sie begreifen!

Ich könnte sterben; aber sie kann ich nicht in Noth und Elend zurücklassen; und die Schande erbt fort. Ich bin immer nur ein Fälscher! Verstehen Sie das, begreifen Sie das, Madame?

Sie sind reich, Sie haben ein eigenes, nach Millionen zählendes Vermögen. . . . meine Gattin ist Ihre Jugendfreundin. . . . Sie allein noch können mir helfen; aber Sie können es auch nur, wenn Sie mir noch etwas mehr, als die Wechselsumme leihen und mir zuschreiben, nie. . . . niemals gegen irgend wen ein Wort hieron zu verlautbaren. Lieber möchte ich das Geld nicht und mir gleich jetzt das Leben nehmen, wenn Sie mir einen solchen Schwur nicht geben oder halten wollten.

(Fortsetzung folgt.)

Großbritannien.

Seit Jahren lehrte im englischen Unterhause in jeder Session ein Antrag auf Abschaffung des Oberhauses wieder und Labouchère, der radikale Kollege Bradlaugh's in der Vertretung Northampton's, pflegt der Antragsteller zu sein. Das geschah auch am 5. März. Diesmal zeigte die Abstimmung, daß die Stimmung zu Gunsten des Antrags innerhalb der liberalen Partei Fortschritte gemacht hat, da sich mehr als die Hälfte der liberalen Mitglieder für denselben aussprachen und die Verwerfung nur mit 36 Stimmen Mehrheit erfolgte. Ueber die Debatte wird berichtet: Der Antrag Labouchère's, den wir unseren Lesern schon mitgeteilt haben, erklärte, daß es unvereinbar mit den Grundsätzen einer repräsentativen Regierung sei, daß irgend ein Mitglied eines der beiden Häuser der Legislatur seinen Anspruch darauf, Gesetze zu geben, kraft einer erblichen Abstammung besitze. England, behauptete der Antragsteller, sei jetzt eine Demokratie geworden, und eine erbliche gesetzgebende Kammer in einem demokratischen Staate sei ein Anachronismus. Ueberdies sei das Oberhaus eine ziemlich parteiliche Kammer, die nur eine einzige Klasse des Gemeinwesens repräsentiere; seine Anstrengungen seien besonders darauf gerichtet, freiständige Gesetze zu verstimmen; es habe thatsächlich allen Reformen den Weg erklärt und seine Thätigkeit sei gegen alle gesunden Lehren der Volkswirtschaft und des Handels, sowie gegen alle Maßnahmen religiöser und politischer Gleichstellung gerichtet. Lord B. konservativer Vertreter von Macclesfield und ältester Sohn des Viscount Midleton, bekämpfte den Antrag und erklärte, daß in Wirklichkeit nur die Politik des Oberhauses nicht dessen Zusammenfügung mißfalle. Eine gewisse Anzahl von Bairs vermachte ihre Privilegien als Gesetzgeber; solche Mitglieder des Oberhauses sollten ihrer Privilegien beraubt werden. Der Redner äußerte sich zu Gunsten der Ernennung einer großen Anzahl von lebenslänglichen Bairs, meinte aber, daß Gaus werde es sich ein-, zwei- und dreimal überlegen, ehe er einen solch durchgreifenden Antrag, wie den von Labouchère gestellten, annehmen werde. Nachdem noch Baron Ferdinand von Rothschild und Coole, konservativer Vertreter von Westminster (Süd-London), gegen den Antrag gesprochen hatten, sprach Gladstone das Wort. Er sagte, er könne nicht für den Antrag stimmen, obwohl die liberale Partei und das Land über das legislatorische Vorgehen des Oberhauses viel zu sagen hätten. Er sei gegen den Antrag, weil dessen Annahme seitens der Regierung thatsächlich ein Versprechen in sich schließe, demselben Wirkung zu geben. Er (der Premier) hätte niemals für eine Erklärung abstrakter Meinung in Bezug auf eine Frage gestimmt, die wichtige öffentliche Interessen in sich schließe, wenn er nicht im Stande gewesen sei, dieselben die That folgen zu lassen. Die Frage einer Reform des Oberhauses sei von großer Tragweite und sollte nicht durch eine verfrühte Erörterung präjudiziert werden. Es unterliege keinem Zweifel, daß eine Reform des Oberhauses geboten sei und alles für notwendig gehalten werde, allein eine allgemeine Abschaffung des erblichen Prinzips lasse sich nicht billigen. Die große Stärke des Oberhauses liege übrigens nicht in seiner legislativen, sondern in seiner öffentlichen Aktion durch viele seiner individuellen Mitglieder. Das Haus würde wohl daran thun, dieses große Thema für eine Zeit vorzubehalten, wo seine ganze Kraft auf dasselbe konzentriert werden könnte und nicht im Voraus ein Prinzip niedergulegen, dessen Annahme seine langjährige Freiheit des Handels beeinträchtigen würde. Trotz dieser, öfter durch Beifall unterbrochenen Rede des Premier wurde die Verwerfung des Antrags mit nur 202 gegen 166 Stimmen beschlossen. Das Ergebnis der Abstimmung wurde von den Radikalen und Parteimitgliedern mit lautem Jubel begrüßt.

Rußland.

Arbeiterunruhen, welche im Februar 1885 in Fabriken in Moskau stattfanden, hatten Anlaß zu langen gerichtlichen Untersuchungen gegeben. Das Resultat derselben giebt der „Rus. Wremja“ Gelegenheit zu konstatieren, daß auch in Rußland ein von revolutionären Ideen ergriffener Arbeiterstand existirt. Aus der Anlagekarte in dem „Rus. Wremja“ ersieht man, wie sich die Arbeiterbewegung in der Korosowschen Arbeiter an den Abenden über die Lage der arbeitenden Klassen unterhielten, Artikel über ökonomische Fragen lasen, über die Exploitation der Arbeiter und über die Mittel berieten, wie eine Erhöhung des Arbeitslohnes erzielt werden könnte. Einer der Arbeiter, der von den statistischen Durchschnittsziffern keine Ahnung hatte, erklärte unter Anderem, daß jeder Arbeiter seinem Herrn 1400 bis 1500 Rubel verdiene. Als der Gouverneur einen der Hauptredner befragen wollte, antwortete ihm dieser kurz: vor Kapitalisten müssen wir schweigen. Diese Worte, aus dem Munde eines Fabrikarbeiters, deren Pläne bisher nur darauf gerichtet waren, ihre freie Zeit mit Schnapstrinken und Harmonikspiel zu verbringen zu können, sind sehr charakteristisch. Man wird vielleicht einwenden, daß dies Zufall sei, daß man einzelne Arbeiter nicht verallgemeinern und hieraus keine Schlüsse ziehen dürfe. Aber dasselbe hörten wir ja auch, als die bekannte Untersuchung des Senators Schikarew die

Aus Kunst und Leben.

Spanische Schwindler. Madrider Blätter berichten von einigen großartigen und raffinierten Schwindelen, die in der letzten Zeit in Spanien ausgeführt worden sind und viel von Schaden machen. Der interessanteste Fall ist wohl der folgende, der übrigens nicht einmal neu ist, sondern schon seit Jahren in Spanien aus immer wieder und wieder, augenscheinlich mit Erfolg versucht worden ist, da bekanntlich die Dummen in Frankreich, erhielten Briefe, in denen der Schreiber mittheilte, daß durch die politischen Ereignisse gezwungen worden, eine Summe von 350 000 Frk. zu vergraben. Das Geld sei für die „Revolution“ bestimmt gewesen, er sei aber nach dem Ausbruch der Revolution von Badojos verhaftet worden und sitze im Kerker, den er vielleicht nur verlassen werde, wenn er auf das Schloß zu gehen. Wer ihm helfe, zu dem er eine Summe von 10 000 Frk. zu bringen, dem verleihe er einen Antheil an der vergrabenen Summe; könne er kein Geld dafür aufwenden, so solle man Waaren irgend welcher Art an eine bestimmte Adresse schicken. Eine große Zahl von „unglücklichen politischen Gefangenen“ nichts mehr von sich hören ließ, an die Madrider Polizei. Diese stellte Nachforschungen an und entdeckte bald das Nest einer ganzen Bande von Schwindlern, in welchem ungeheure Quantitäten von Waaren aller Art aufgeschapelt waren: echte und falsche Edelsteine, Spielwaaren, Parfümerien, Gänseleberpasteten, seine und Champagner, Aquarelle, Portseville-Waaren u. s. w. Die Anfertigung ihrer Briefe, die französisch abgefaßt waren, bedienten sie sich zweier Spanier mit schöner Handschrift, welche die Briefe abnunglos kopierten, da sie nicht verstanden. Die Opfer des Schwindels sind vornehmlich Franzosen; die Thäter sind sämtlich verhaftet worden, einer von ihnen wollte gerade ein Telegramm aufgeben, welches den Inhalt: „Lola ist glücklich niedergelassen.“ enthielt. Der Gouverneur von Madrid hat kürzlich einen Befehl erlassen, in welchem er die Verhaftung eines Hauses verbot, in welchem sich ein solches Versteck gebildet wurde. Vor dem Hause stand eine sorgfältig erhaltene Luke im Trottoir, der durch einen Vorhang etwas nachgeholfen wurde, so daß Jedermann, der sich näherte, hineinkommen konnte und so. Aus dem Hause wurden nun mitleidige Personen herbei, hoben den Gefangenen aus dem Hause, setzten ihn auf einen Stuhl oder

Reime einer revolutionären Propaganda unter einer Bevölkerung erdachte, von der man bis dahin mit Sicherheit annahm, daß sie sich mit allem Anderen eher beschäftigte, als mit Politik und allgemeinen Fragen. Ueber die historische Entwicklung, welche die revolutionäre Propaganda in Rußland durchgemacht hat, bemerkt dasselbe Blatt: In den zwanziger Jahren sprach und phantasierte man bei uns über Staatsaktionen und Konstitutionen nur in der höheren Gesellschaft. Die Fürsten Volkonski, Trubezkoj, die Grafen Tschernyschew und Kachowski u. A. unterhielten sich über dieses Thema, und zwar ausschließlich in französischer Sprache. In den vierziger Jahren ging diese Bewegung auf die Gutsbesitzer, die Beamten und Literaten in St. Petersburg über. Herzen, Ogarew, Petruschew und Andere gehörten dem Adel und der wohlhabenden Klasse an. Ihr Ideal war Louis Blanc, was sie begeisterte, die französische Literatur der Juli-monarchie. Ihre Ideale suchten sie nicht in den Helden des Alterthums, sondern in den Phantasten Fourier's und den Romanen Sie's. Zwanzig Jahre später, in den sechziger Jahren, bildete sich eine neue Formation, in der das adelige Element in den Hintergrund trat. Seminaristen, Kleinbürger, „Jivillisten“, Juden, Böglinge der weiblichen Lehranstalten bildeten das Kontingent der revolutionären Thätigkeit. Sie untergruben die Literatur und die Kunst. Endlich nach neuen zwanzig Jahren drang diese Bewegung in die Arbeiterklassen. Nach den nächsten Jahren werden wir vielleicht diese Ideen unter der ländlichen Bevölkerung schon verbreitet finden. Wie sich die Ideen Marx' gegenwärtig unter den Fabrikarbeitern einnisten, so werden vielleicht nächstens irgendwo im Usser-Nordischen oder Nowgorodischen Gouvernements Erscheinungen aufkaufen, die an die irische Agrarbewegung erinnern. — „Now. Wr.“ irrt sich damit, daß die bestehenden Klassen sich gegenwärtig von den revolutionären Ideen abgewendet haben.

Nord-Amerika.

Nach einem Telegramm der „Times“ aus Philadelphia sind weitere Störungen auf dem amerikanischen Arbeitsmarkte zu erwarten. Die Organisationen der „Ritter der Arbeit“ und einer geheimen Arbeiter-Gesellschaft verbreiten sich schnell über die Staaten der Union. Dieselben verlangen kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne.

Kommunales.

v. Vom Wählendam. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte sich im Jahre 1883 damit einverstanden erklärt, daß behufs Verbreitung des Wählendamms die Befugnis zur Enteignung der Grundstücke 43, Wählendamms 12/13, 14-19 und 22-28 und der in dem Hause Wählendamms 32 befindliche Läden nachgefragt werde, sobald sich die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft verpflichte, zu den durch die Enteignung erwachsenden Kosten einen Beitrag von 600 000 Mark zu entrichten. Der gedachte Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft sollte dagegen die Konzession zur Anlage einer Pferde-Eisenbahn-Rollenmarkt-Köllnischer Fischmarkt-Spittelmarkt u. unter den üblichen Bedingungen erteilt werden. Die nach diesem Beschlusse mit der Gesellschaft gepflegten Verhandlungen haben zu dem Abschluß eines Nachtrags-Vertrages vom 6./17. November 1884 geführt, nach welchem sich die Gesellschaft zur Zahlung einer Beihilfe von 700 000 Mark verpflichtet, sobald die Theilnahme Rollenmarkt-Köllnischer Fischmarkt-Spittelmarkt von den zuständigen Behörden endgültig genehmigt ist. Diese Zustimmung dürfte binnen Kurzem erfolgen, denn nachdem im Oktober v. J. die Dammwahlen-Grundstücke in den Besitz der Stadtgemeinde übergegangen sind, haben die Kommissarien des Ministers der öffentlichen Arbeiten erklärt, daß prinzipielle Bedenken dem Projekte dieser Pferde-Eisenbahnstrecke nicht entgegenstehen, und auch das königl. Polizei-Präsidium hat sich mit demselben einverstanden erklärt. Der Magistrat hat daher jetzt den Enteignungsantrag für die Eingangs erwähnten Grundstücke gestellt, gleichzeitig aber auch die Eigentümer zu Preisforderungen für den Fall des freihändigen Verkaufs veranlaßt, um, soweit angemessene Preise gefordert werden, statt zu enteignen, freihändig verkaufen zu können. Einzelne der 21 Eigentümer haben schon jetzt billiger Forderungen gestellt, wenn der Abschluß bis zum 1. April cr. perfekt werden sollte. Das geeignetste Mittel, einen schnellen und vorteilhaften Ankauf herbeizuführen, erblickt nun der Magistrat in der Einsetzung eines aus Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung und des Magistrats gebildeten Ausschusses, welcher zum selbstständigen Ankauf nach Stimmenmehrheit ohne Rücksicht auf die städtischen Behörden ermächtigt wird, und wird derselbe unverzüglich bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragen, der Bildung eines solchen Ausschusses zuzustimmen, welcher für den vorliegenden Fall aus drei Stadtverordneten und zwei Magistratsmitgliedern bestehen soll.

legten ihn in schwereren Fällen ins Bett, nöthigten ihn ein Glas Wein, Bouillon oder wenigstens Wasser auf. Hatte der Verunglückte sich entfernt, so fehlten ihm Uhr, Börse oder beides zusammen, und er konnte doch nicht glauben, daß er von so mildthätigen Menschen beraubt wurde. Auch diese Schwindler legen jetzt fest.

Eine interessante Beobachtung über die Zugvögel hat Herr Bugdaun, Lehrer in Raunheim, wie er im „Bool. Garten“ mittheilt, im letzten Herbst zu machen Gelegenheit gehabt. Er sah zwei große Kranichzüge über Raunheim nach Süden ziehen. Der erste Zug, am 21. Oktober, Nachmittags um 2 Uhr, ging sehr hoch und hatte nichts Auffallendes. Der zweite Zug am 24. Oktober, Abends um 8 Uhr, war sehr niedrig, und ich konnte, da gerade Vollmond war, denselben genau beobachten. Durch ihr Geschrei auf sie aufmerksam gemacht, sah ich sie schon von der Ferne auf mich zukommen. Als sie in meine Nähe kamen, vernahm ich aus der Kranichschar die Stimmen von vielen kleinen Vögeln, und bei genauer Beobachtung bemerkte ich bei dem hellen Himmel auch einige kleine Vögel zwischen den Kranichen, welche die Reise mitmachten. Bei der späten Tageszeit ist nicht anzunehmen, daß diese kleinen Singvögel die Kraniche nur aus Angst umschwärmten, wie es am Tage öfter vorkommt, denn um diese Zeit pflegen sie schon lange der Nachtruhe. Zudem war es kein Angschrei, welches sie anstimmten, sondern frohliches Geszwitscher. Es ist deshalb als sicher anzunehmen, daß sich eine Schaar kleiner Singvögel dem Kranichzuge angeschlossen hatte. Den Stimmen nach waren es viele kleine Vögel, im Flug konnte ich aber nur wenige erkennen. Ob dieselben theilweise auf den Kranichen Platz genommen hatten, wie schon beobachtet wurde, konnte ich nicht sehen. Das aber ist damit erwiesen, daß kleine Singvögel zuweilen in Gesellschaft der großen Zugvögel reisen. Daß sie dazu ihre guten Gründe haben, daran ist nicht zu zweifeln.

Wie eine liebesbedürftige Wittve in St. Louis von einer Wahrsagerin um 1500 Dollars gerettet wurde, erzählt der „Ang. d. W.“ so: „Vor vier Jahren starb der Juwelier Koehr und ließ seine Wittve, Frau Jennie Koehr, mit drei Kindern in ziemlich guten Vermögensumständen zurück. Auf seinem Krankenlager sprach er gegen seine Frau noch den Wunsch aus, daß sie sich nach seinem Tode wieder verheirathen solle, falls sich ihr eine passende Gelegenheit dazu bietet. Die trauernde Wittve bestrebt sich, alle von ihrem theueren Verstorbenen ausgesprochenen Wünsche zu erfüllen und war des-

Lokales.

Eine bedeutsame Erfindung auf dem Gebiete der Gasbeleuchtung, welche vor einigen Wochen schon in vielen Zeitungen lebhaft besprochen wurde, soll in der That geeignet sein, wie dem „Hann. Cour.“ ein Augenzeuge mittheilt, eine vollständige Umwälzung im Beleuchtungswesen hervorzuwirken. Hiernach wird der jetzige Gasbrenner durch einen besonders konstruirten Bunsenbrenner ersetzt, welcher einen daran befindlichen Leuchtkörper zum Glühen bringt, analog der Einrichtung einer Glühlampe beim elektrischen Licht. Dieser Bunsenbrenner verbraucht per Stunde zwei Kubikfuß Gas (= 1 Pfennig nach unserem Gaspreise) und giebt dem Leuchtkörper eine Lichtstärke von 20 Kerzen. Der Körper leuchtet ohne merkliche Veränderung 1000 Brennstunden und darüber (1 1/2 Jahre), ist dann sehr einfach und mit geringen Kosten zu ersetzen. Trotz der Intensität wirkt das Licht äußerst angenehm auf das Auge und strahlt, dem geringen Gasverbrauch entsprechend, nur sehr wenig Hitze aus. Das Resultat ist demnach geradezu erstaunlich zu nennen, da man ein Licht von 20 Normalkerzen für nur einen Pfennig stündlich unterhalten kann, was bislang bei einer Petroleumlampe fast für den doppelten Preis kaum zu ermöglichen ist. Man begreift den großen Preisunterschied erst dann, wenn man bedenkt, daß die bisherige gewöhnliche Gasflamme von 16 Kerzen Stärke ohne diese Vorrichtung jetzt 2 1/2 Pf. und in der vorbemerkten Lichtstärke von 20 Kerzen 3 Pf. stündlich kostet. Innerhalb vier Wochen werden die Brenner in den Handel kommen.

Ob die Gold- oder Silber- oder Doppelwährung die beste ist, darüber zerbrechen sich die Politiker die Köpfe; ich sage mir einfach, daß die schönste Währung nichts werth ist, wenn man nicht die genügende Anzahl von Proben besitzt. Aber wie und welche Sorten von Kleingeld ausgeprägt werden — das ist eine unpolitische Frage, welche nicht bloß die Männer, sondern auch die Hausfrauen, Köchinnen, Rauschweiber u. angeht. Von einer guten Scheidemünze verlangt man vor Allem, daß sie handlich und leicht erkennlich sei. Die gelehrten Herren, welche vor anderthalb Jahrzehnten unser neues Münzsystem zusammenschleppten, hätten flug gelitten, wenn sie ihre neuen Pfennig- und Groschenstücke erst auf einen Marktplatz getragen und von dem dortigen Publikum hätten begutachten lassen. Dann würden sie keine 20-Pfennigstücke fabrizirt haben, welche eine schwierige oder vor Kälte steife Hand wegen ihrer Kleinheit nicht halten kann. Dann würde man auch gemerkt haben, daß der Ridelgroschen und das silberne 5-Groschenstück eine verwerfliche Mischelung haben, die im Drange der Geschäfte und bei schlechter Beleuchtung leicht zu Verwechslungen führt. Als die neuen Münzen fertig waren, stellten sich diese beiden Mängel sehr schnell heraus. Um die 50 Pfennigstücke leichter kenntlich zu machen, hat man sie mit einem Kran verziert, der etwas, aber nur sehr wenig befreit. Von den 20-Pfennigstücken ist ein ganzer Haufen schon eingezogen worden; um auch die übrigen zu befestigen, soll jetzt ein neues 20-Pfennigstück in Ridel ausgeprägt werden. Das alte war zu klein und das neue wird zu groß werden, denn es soll den Umfang eines 20-Markstückes haben. Wir hatten früher einen jammervollen Geldwirth; aber es kommt mir doch vor, als ob die Kenntlichkeit der Münzen früher noch besser gewesen sei, als jetzt. Die Silbergroschen, 2/5-Silbergroschen, 5-Silbergroschen und alten Markstücke liegen sich — abgesehen von einigen verrotteten Exemplaren — doch noch besser unterscheiden, als die jetzigen Ridel- und Silbermünzen. Die roth-büchigen Groschen, in denen das Kupfer bei zunehmendem Alter immer stärker aufleuchtet, waren freilich nicht schön. Nach meinem Geschmack ist aber das gleichzeitige Ridelgeld auch von keinem hohen Schönheitswerth. Am Ende hätten wir doch besser gethan, wenn wir die ganze Ridel bei Seite gelassen hätten und beim alten Kupfer- und Silbergeld geblieben wären. Denn durch die Mischung von Kupfer und Silber kann man für jede Münze die wünschenswerthe Größe herstellen, sodas die einzelnen Sorten sich schon durch Gefühl allein sicher unterscheiden lassen. Das ist nun aber einmal eine abgethane Sache: Wir haben das Ridel eingeführt und müssen uns also daran halten. Um nun dem Mangel an Formverschiedenheit abzuhelfen, wäre es in der That praktisch, dem Rathe des Abg. v. Schallhaas gemäß die Ridelmünzen oval zu machen. Herr v. Radtke wollte eine Durchlöcherung, aber das geht nicht, und ich fürchte auch, daß das Loch einen bedenklichen Anreiz zu weiteren Angriffen auf die Münze für alle kleinen und großen Kinder enthalten würde. Wiederliche Münzen sind anständig im eigentlichen Sinne des Wortes: sie würden bloß den Fortemontane-Fabrikanten erwünscht sein. Die elliptische oder ovale Form dagegen ist ungehörig, nicht allzu häßlich und zur sicheren Unterscheidung ganz ausreißend. Es müßten dann auch die 10-Pfennigstücke in ovale Form umgeschmolgen werden; das wäre eine radikale Abhilfe der sehr unangenehmen Ähnlichkeit mit dem 50-Pfennigstück. Eine weiter sehr interessante Frage, welche bei dieser Münzdebatte aufgeworfen wurde, ist die: Sollen wir 2/5-Pf. Stücke prägen? Seit Tausenden von

halb auch nicht abgeneigt, einen zweiten Freier mit ihrer Hand zu beglücken. Nachdem Frau Koehr längere Zeit den Wittwen-scheiter getragen hatte, veranlaßte sie eine Freundin, mit ihr zu einer Wahrsagerin, Namens Schardt, zu gehen. Die prophezeite Frau Koehr alles Schöne und Gute, vor Allem, daß sie in kurzem einen hübschen blonden Geschäftsmann ehelichen und mit ihm sehr glücklich leben würde. Frau Koehr glaubte in dieser Prophezeie einen ihr wohlbelannten Geschäftsfreund ihres Mannes vermuthen zu dürfen und wollte nun auch sofort alles Mögliche anwenden, um das ihr geweissagte Glück so schnell wie möglich herbeizuführen. Frau Schardt versprach ihr gegen die Kleinigkeit von 50 Dollars ein unfehlbares Liebespulver zu liefern, welches die liebesbedürftige Wittve durch das Schlüßelloch der Wohnung des von ihr Begehrten blasen sollte, worauf dieser sofort in heißer Liebe zu ihr entbrennen würde. Frau Koehr zahlte die 50 Dollars, hat aber, wie sie sagt, bis heute das Liebespulver nicht erhalten. Trotzdem blieb sie seitdem eine ständige Kundin der Frau Schardt, welche nach und nach aus der leichtgläubigen Wittve unter allerlei Vorwänden 1448 Dollars herausgelockt haben soll, obwohl ihre Weissagungen niemals in Erfüllung gingen. Die Schwiegermutter der Frau Schardt soll von dieser oft zu Frau Koehr geschickt worden sein und unter allerlei Vorspiegelungen von ihr bedeutende Geldbeträge erhalten haben (so z. B. einmal in zwei aufeinander folgenden Tagen 150 Dollars). Die baaren Mittel der Frau Koehr nahmen indeß immer mehr ab, so daß sie schon seit etwa drei Jahren ihren und ihrer Kinder Lebensunterhalt mit Handarbeiten verdient. Ihre Verwandten konnten sich nicht erklären, wo ihr Geld hingekommen sei, und es gelang ihnen erst nach langem Drängen, von Frau Koehr das Beständnis zu erlangen, daß sie fast 1500 Dollars für angebliche Weissagungen u. s. w. an Frau Schardt verschwendet hatte. Noch mehr Mühe kostete es jedoch, die Frau dazu zu bewegen, eine Anklage gegen die Wahrsagerin zu erwidern. Dies geschah jedoch nun und Frau Schardt wurde verhaftet, stellte jedoch Bürgschaft für ihr Erscheinen zum Prozeß. Sie und ihre Familienangehörigen leugnen übrigens, daß sie Frau Koehr beschwindelt hätten.

Paris, 9. März. Die Akademie der Wissenschaften hat gestern dem Projekt zugestimmt, für Pasteur ein Heilmittel gegen die Tollwuth zu errichten, welches zur Aufnahme sowohl von Franzosen wie von Ausländern bestimmt sein soll. Die Morgenblätter fordern das Publikum zur Subskription für das Institut auf.

Jahren ist es bekannt, daß vier in zehn nicht glatt ausgeht. Eben so lange ist es Sitte der Menschen, beim Handel und Wandel die Dinge in 2, 4, 8 Theile zu zerlegen. Unsere Münzreformer aber stellten sich vor anderthalb Dejemien so an, als ob sie von diesen elementaren Verhältnissen nichts wüßten. Man wollte eine dezimale Eintheilung und führte diese schöne Theorie mit deutscher Gründlichkeit ohne Rücksicht auf die Praxis durch. Das populärste aller alten Goldstücke war das mit allerhand Rosenamen ausgezeichnete 2/3-Silbergroschenstück. Zu der neuen Mark-Einheit paßte es wunderbar schön; wenn 1 Pfund Waare 1 R. kostete, so kostete das Viertelstück, welches der kleine Mann sehr oft kauft, gerade 2/3 Groschen. Trotzdem wurde das beliebte „Zweigroschen“-Stück auf dem Markt der Dezimalmünze geopfert; die Mark wurde in Fünftel ausgeprägt, obgleich Niemand 1/5 Elle oder 1/5 Pfund kauft. In Holland z. B. sind die Leute viel praktischer vorgegangen; sie theilten sich auch ihre Gulden in 100 Theile, aber dieses Dezimalstücken hinderte sie nicht, 25-Centstücke und 2 1/2-Guldenstücke zu prägen; und sie sind mit ihren „Quartjes“ u. s. w. sehr zufrieden. Wenn 1 Pfund 30, 50, 70 u. s. w. überdies eine Unpaarzahl vom Groschen kostete, so weist die Rechnung für das Viertelstück stets einen halben Pfennig auf. Der Kaufmann setzt natürlich für den halben Pfennig einen ganzen, und den Schaden hat der arme Mann zu tragen, der ja zumeist in kleinen Portionen einkauft. Einen halben Pfennig kann man nicht gut ausprägen; er würde zu klein. Aber wenn man statt der 2 Pfennigstücke 2 1/2 Pfennig ausprägt, dann ist dem Uebel abgeholfen; es läßt sich dann jeder rechnungsmäßige halbe Pfennig auszahlen. Der gute alte Dreier würde dann seine Aufseherung von den Todten feiern. Das würde besonders den Berlinern angenehm sein, bei denen früher der Dreier eine außerordentlich große Rolle spielte. Er galt als eine niedere Einheit; „fünf Dreier, sechs Dreier“ waren ganz gewöhnliche Bezeichnungen. Die Jungen am Weihnachtsmarkt hatten den stereotypen Ruf: „Einen Dreier das Schäffchen!“ Wenn man jetzt alle vier Schäffchen für 10 Pfennig anpreisen hört, ist alle Poesie verschwunden. Im Zigarrenladen forderte man damals „drei Zigarren für fünf Dreier“, was jedem der Dreierrechnung Unkundigen als ein schweres Exempel zur Ermittlung des Einzelpreises vorlag. Unter der neuen Münzordnung wird in Berlin zumeist nur noch mit 5 Pfennige als der gewöhnlichen untersten Einheit gerechnet und in manchen Provinzialstädten wird es ebenso gehen. Ein neues 2 1/2 Pfennigstück würde zu einer Herabsetzung des gewöhnlichen Minimums und also zu mannigfachen Ersparnissen führen. Das Entscheidende bleibt aber, daß die armen Leute vor dem Verluste bei den jetzt üblichen Abrechnungen nach Oben bewahrt bleiben. Die Münzen sind doch nicht dazu da, um die Dezimaltheorie zu verherrlichen, sondern um den großen und kleinen Bedürfnissen des Verkehrs möglichst vollkommen zu dienen.

Zur Lotteriefrage. Wie bereits mitgeteilt, hat die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses unter Zustimmung der Vertreter des Finanzministeriums die Verdoppelung der Zahl der Loose der preussischen Staatslotterie vom 1. Oktober d. J. ab beschlossen. Die „Post. Ztg.“ bemerkt dazu: Erhält dieser Beschluss die Zustimmung des Plenums, so wird sich für die preussische Staatslotterie aus dem Lotteriespiel künftig eine Mehreinnahme von über 4 Millionen Mark jährlich ergeben, da es nicht wohl zu bezweifeln ist, daß auch die neu auszugehenden Loose ohne Schwierigkeit Absatz finden werden. Gegenwärtig wird, wie bekannt, trotz der entgegenstehenden gesetzlichen Verbote in sehr erheblichem Umfange in auswärtigen Lotterien gespielt, weil das Publikum bei der im Verhältnis zur Bevölkerung geringen Zahl der Loose der preussischen Klassenlotterie seine Spiellust im engeren Vaterlande nicht zu befriedigen vermag. Außer in Preußen bestehen noch in Sachsen, Braunschweig, Hamburg und Mecklenburg Staatslotterien. Von Sachverständigen wird angenommen, daß die sächsische und mecklenburgische Lotterie ein Drittel und die übrigen die Hälfte ihrer Loose in Preußen absetzen. Der aus diesem Looseverkauf innerhalb Preußen den betr. Staaten zu Gute kommende Betrag (Gewinnanteil der Staatskasse und der Kollektoren, Schreibgebühren u. s.) ist in der Budget-Kommission von dem Regierungskommissar wohl etwas hoch auf 9 Mill. Mark jährlich geschätzt worden. Mit einer ausreichenden Verweigerung der preussischen Loose wird das Spiel in auswärtigen Lotterien naturgemäß mehr oder weniger nachlassen, zumal wenn, wie der Regierungsvertreter in Aussicht stellte, die Loose in kleineren Antheilen als bisher zur Ausgabe kommen und das Rollenwesen in einer dem Interesse des Publikums mehr entsprechenden Weise organisiert wird. Welche Ausdehnung das Lotteriespiel in Deutschland nach und nach angenommen hat, erhellt aus nachstehenden Angaben des zitierten Blattes: „In jeder der Staatslotterien finden jährlich zwei Spiele in verschiedenen Klassen statt. In Preußen werden je 95 000, in Sachsen, Braunschweig und Hamburg je 100 000 und in Mecklenburg je 18 000 Loose gespielt, so daß im Ganzen jährlich rund 800 000 ganze Loose zur Auspielung kommen, welche in Abschnitten zu 1/2, 1/4, 1/8, 1/16 und 1/32 Loose auszugeben werden. Die Summe der Einsätze, der wiederum die Gesamthöhe der Gewinne entspricht, bezieht sich bei der preussischen Lotterie auf 27 500 000 R., bei der sächsischen auf 36 250 000 R., bei der braunschweigischen auf 20 800 000 R., bei der hamburgischen auf 19 750 000 R. und bei der mecklenburgischen auf 1 800 000 R., zusammen auf 106 100 000 R. jährlich. Hierzu treten noch an Schreibgebühren etwa 5 000 000 R. und an Reichs-Hempelabgabe etwa 5 500 000 R. Außerdem werden von Privat-Lotterien jährlich noch für etwa 10 000 000 R. Loose vertrieben. Von den Gewinnen in den Staatslotterien werden 12 bis 15 pCt. für die betreffenden Staatsklassen und 2 bis 3 pCt. für die Kollektoren in Abzug gebracht. Für die preussische Staatslotterie ergibt sich aus der Lotterie zur Zeit eine Einnahme von 4 000 000 R., für die sächsische eine solche von 4 500 000 R. jährlich; die übrigen Lotterien, welche größere Umläufe haben und ihre Loose nicht immer abzusetzen vermögen, werfen einen verhältnismäßig kleinen Gewinn ab, die Hamburger und die Braunschweiger etwa je 1 000 000 R. und die mecklenburgische 200 000 R. Eine bedeutende Erweiterung der Loosezahl bei der preussischen Lotterie würde der übrigen Lotterien selbstverständlich in erheblichem Maße beeinträchtigen. Diese Erwägung kann Preußen aber unmöglich zurückhalten, die Verweigerung der eigenen Loose vorzunehmen. Die übrigen deutschen Staaten, welche Lotterien besitzen, sind, ohne Rücksicht auf die Nachbarstaaten, auf diesem Wege längst vorausgegangen. So hat Sachsen seit einem Jahrzehnt seine Loose von 24 000 auf 100 000, Hamburg von 22 800 auf 100 000 und Braunschweig von 25 000 auf eben dieselbe Biffer vermehrt.“

Als eine in der Steglitzerstraße wohnende Frau B. gestern nach kurzer Abwesenheit in ihre Wohnung zurückkehrte, trafen ihr zwei unbekannte junge Männer entgegen, welche, wie die Frau sofort feststellte, einige Goldsachen aus der Wohnung entwendet hatten. Da nur einer der Diebe das Haus verlassen hatte, wurde dasselbe genau durchsucht und auf dem Boden verstreut der bereits mehrfach bestrafte Berliner Kocjinoff vorgefunden und verhaftet. Anscheinend gehört der Verhaftete zu denjenigen Gewohnheitsdieben, welche in den letzten Monaten die auf den Höfen befindlichen Gelasse von Hotel- und Restaurations-Bediensteten geplündert haben. Bei einer Durchsuchung seiner Wohnung wurde außer verschiedenen Diebeshandwerkzeugen und augenscheinlich aus Diebstählen beruhenden Sachen auch ein Koffer gefunden, der vor einigen Tagen einem Weinhändler in der Neuen Friedrichstraße vom Boden gestohlen worden ist.

Entpflanzung wilde Männer. Dem Risenmacher Rezin, welcher vor einigen Tagen aus der sächsischen Irrenanstalt zu Daldorf entwichen ist, sind gestern zwei andere dort detinierte und noch weit gefährlichere Eindringlinge gefolgt, nämlich

der Schreiber Krüger, welcher bekanntlich nach Verbüßung zahlloser Diebstähle in Olmütz festgenommen wurde, aus der dortigen Frohnveste entsprang und hier bei Ausübung eines neuen Einbruchs wieder ergriffen wurde, und der gleichfalls vielfach vorbestrafte Kellner Fischer. Beide werden zweifellos ihre früheren verbrecherische Thätigkeit sofort wieder aufnehmen.

Polizeibericht. Am 9. d. M. Morgens wurde ein älteres Mädchen in ihrer Wohnung in der Feinzeil-Allee todt im Bett liegend vorgefunden. Nach ärztlichem Gutachten scheint der Tod in Folge eines Gehirnschlages eingetreten zu sein, wahrscheinlich veranlaßt durch einen Tags vorher erlittenen schweren Krampfanfall. — Am demselben Tage wurde eine Frau in ihrer Wohnung in der Anhaltstraße erhängt vorgefunden. — Am Nachmittage desselben Tages erlitt ein Schuymann im sächsischen Krankenhaus am Friedrichshain durch eine selbstthätig schließende eiserne Thür eine bedeutende Quetschung der rechten Hand. — In der Nacht zum 10. d. M. stürzte sich ein Mann aus seiner, in der Bandelstraße 2 Treppen hoch gelegenen Wohnung in den Hof hinab und erlitt durch den Fall so schwere Verletzungen, daß er mittelst Traglördes nach dem sächsischen Krankenhaus in Nocht gebracht werden mußte. — Am 9. d. M. Abends wurde die Feuerwehre wegen eines Schornsteinbrandes nach dem Grundstück Unter den Linden Nr. 9 gerufen. Das Feuer wurde bald gelöscht.

Gerichts-Zeitung.

Ein raffinirter Gaunerstreich führte den Arbeiter Emil Willibald Rosenthal vor die Schranken der 92. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts. Der Angeklagte ist ein berüchtigtes Mitglied der Berliner Bauernsängerzunft, welches seine Opfer hauptsächlich auf den hiesigen Bahnhöfen sucht. Am 1. Februar hatte der Angeklagte auf dem Schlesischen Bahnhofe die Bekanntschaft eines Arbeiters N. gemacht, der mit dem nächsten Zuge nach Schneidemühl abfahren wollte. Nachdem sich Beide genügend ausgesprochen, so daß der Angeklagte über die Verhältnisse des Fremden vollständig unterrichtet war, zog ersterer ein Zwanzigmarsstück hervor und bat den Anderen, ihm dasselbe zu wechseln. N. erklärte, nicht so viel Geld zu besitzen, und forderte ihn der Angeklagte ruhmehre auf, ihm auf dieses Geldstück die im Besitz habenden 9 Mark zu geben. Unterwegs, er hatte nämlich angegeben, auch nach Schneidemühl zu fahren, würde sich dann wohl Gelegenheit zum Wechseln bieten. Der Provinziale war auch willens, die 9 M. herzugeben, als zu seinem Glück in diesem Augenblicke ein Kriminalkommissar in den Wartesaal trat und dem N. die Augen über die Qualität seines neuen Freundes öffnete. Das Zwanzigmarsstück war nämlich nichts als eine werthlose blanke Spielmarke. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten mit Rücksicht auf die große Gefährlichkeit des Treibens desselben zu zwei Jahren Gefängniß. Diese hohe Strafe machte der Angeklagte wohl nicht befürchtet haben und machte sie ihn derartig befürzt, daß er sich plötzlich seiner Sachen erkleidete, seinen entblößten Kopf auf die Barre legte und allen Ernstes verlangte, man solle ihm denselben lieber gleich abhalsen.

Der bei dem russischen Völkerrath v. Rumanin am 5. November v. J. stattgehabte freche Einbruch in dessen Schiffbauerdamm Nr. 3 belegene Wohnung gelangte gestern zur richterlichen Kognition. Des dort verübten Diebstahls dringend verdächtig ist der bereits vielfach vorbestrafte Einbrecher Oskar Ottomar Schreyer, welcher sich deshalb gestern vor der Strafkammer hiesigen Landgerichts I zu verantworten hatte. Der Angeklagte ist bei dem Umfange von russischen Werthpapieren betroffen worden, wie solche bei v. R. gestohlen worden sind. Der Angeklagte behauptet, daß er diese Papiere von einem Drechsler Werner erhalten hat, mit dem er einige Jahre vorher im Buchhause zu Sonnenburg gewesen hat. In der That trat der Angeklagte einen stillen Alibi-beweis an. Die verwittelte Kaufmann Blumenthal, welche unter ständepolizeilicher Kontrolle steht, bekundete denn auch, daß sie mit dem Angeklagten am Abend des 4. November v. J. zuhause gewesen ist und daß derselbe die Nacht in ihrer Wohnung zugebracht hat. Am andern Morgen ganz früh habe ein fremder Mann den Angeklagten in ihrer Wohnung aufgesucht. Diese Aussage war die B. zu beschwören bereit; als aber festgestellt wurde, daß dieselbe den Angeklagten bereits in zwei anderen Diebstahlsfällen herausgespielt habe, und daß sie den Vertheidiger angenommen, blieb sie unbedeutend. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu fünf Jahren Zuchthaus, 5 Jahren Ehrenverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die wirtschaftliche Krise zeigt sich recht deutlich in der Abnahme der Gesamtausfuhr Berlins nach den Vereinigten Staaten. Dieselbe betrug 1885 nur 4 529 412 Doll. gegen 5 813 865 Doll. im Jahre 1884. Die Reiche bei solchen Geschäftsstockungen zählt immer wieder der Arbeiter.

In einer von 1500 Mauern und Zimmerern besuchten Versammlung zu Leipzig wurde folgende Resolution angenommen: „In Erwägung der immer schlechter sich gestaltenden gesellschaftlichen Verhältnisse erklärt sich die öffentliche Maurer- und Zimmerer-Versammlung mit den Ausführungen der Redner einverstanden und beschließt, die Einführung eines Maximalarbeitstages von 10 Stunden und Beseitigung der Alford-, Nacht- und Sonntagsarbeit mit allen gesetzlichen Mitteln anzustreben.“ Ein Antrag, sich an den Rath der Stadt mit dem Ersuchen um Herstellung kleinerer Wohnungen zu wenden, rief eine kurze Debatte hervor, deren Ergebnis die Ablehnung dieses Antrags war, da die Mehrzahl der Anwesenden sich keinen Erfolg von diesem Vorhaben versprach. — Der Referent, Herr Stamm, äußerte sich mit Bezug auf die bei der letzten Volkszählung festgestellte Thatfache, daß die Zahl der Millionäre gewachsen sei, dahin, daß dies kein Beweis für die Zunahme des Volkswohlstandes sei, denn wenn auf der einen Seite sich immer mehr Reichthum anhäufte, so sei auf der anderen Seite das Elend immer größer geworden, woran in erster Linie unsere heutige Produktionsweise die Hauptschuld trage, da durch die Maschinen die Arbeitskräfte überflüssig seien und das Angebot der letzteren immer größer würde. Es sei ferner, trotz der Ueberproduktion in allen Artikeln, der Arbeiter nicht in der Lage, die für ihn nöthigen Lebensbedürfnisse einzukaufen und die Arbeiter, welche die stolzen und prächtigen Häuser bauten, könnten nur mit vieler Mühe ein Souterrain oder Dachlammer als Wohnung erschwingen. Die allgemeine Nothlage der arbeitenden Klasse könne weder durch Arbeiterkolonien, noch durch Holzspaltereien, wie sie in Leipzig eingerichtet werden sollen, beseitigt werden, sondern nur dadurch, daß durch Verringerung der Arbeitszeit, der Beseitigung der Alford-, Sonntags- und Ueberarbeit alle Beschäftigungslosen Arbeit erhalten.

Das Landstreicher- und Bettlerunwesen ist besonders im Königreich Sachsen sehr stark. Wenn man nämlich die Zahl der wegen Bettelns und Vagabundirens Bestraften zur mittleren Bevölkerung in Verhältnis setzt, so entfallen auf

	im Königreich Sachsen	im Deutschen Reiche
1877	88,71 Bestrafungen	50,34 Bestrafungen
1878	108,40	63,57
1879	103,98	70,98
1880	75,59	71,09
1881	64,63	70,33
1882	61,58	60,95
1883	58,63	52,87
1884	56,48	44,42

Uebrigens steht man doch im Allgemeinen eine erfreuliche Abnahme der Bestrafungen.

Zum Streik der Klavierarbeiter in Bayreuth. Werthe Kollegen! Von der Arbeitseinstellung in der Pianoforte-Fabrik von Eduard Steingraber in Bayreuth seid Ihr jetzt so ziemlich unterrichtet. Allem Anschein nach wird es einen schweren Kampf geben mit der genannten Firma. Wir unterseits sind fest entschlossen, allen Unrechtmäßigkeiten die Spitze zu bieten, und uns durch keinerlei Ruchination abhalten zu lassen, unser vorgestelltes Ziel zu erreichen. Wir haben bei Steingraber noch eine 12 stündige Arbeitszeit und sind durch verschiedene Zumuthungen seitens der Firma gezwungen worden, am 1. März die Arbeit einzustellen. Es streikten 40 Mann, meistens verheirathete Arbeiter. Kollegen! Wir sind der festen Ueberzeugung, daß Ihr unserer Sache, die doch auch die Gerechtigkeit ist, die größtmögliche Sympathie entgegen bringen und uns in unserem Kampfe kräftig und in jeder Beziehung unterstützen werdet. Auch wir werden gegebenen Falls späterhin alle bereit sein, für Euch in derselben Weise einzutreten. Nachmal, Kollegen, zeigt daß der organisirte Arbeiter noch die Kraft besitzt, dem Uebermuth arbeitereindlicher Fabrikanten entgegenzutreten. Vor Allem haltet den Jugung fern. Mit kollegialischem Gruß: Die Kommission. Briefe und Geldsendungen sind erbeten an G. Weißhöfer in Bayreuth (Bayern), Müngasse 170.

Vom Arbeitsmarkt. Der Verwaltungsrath der Kohlenwerke von Karappe und Gaisorul beschloß die Einstellung des Betriebes. 2000 Arbeiter werden dadurch brotlos. Auch in den Kohlenwerken von Roichain wurden 300 Arbeiter auf Pfahler gesetzt. Wie wunderbar schön ist doch unsere kapitalistische Produktionsweise, die periodisch Tausende „freisetzt“ mit der Freiheit — zu verbürgen.

Der Aufruhr zu Renais. Wir haben unseren Lesern schon mitgeteilt, daß in Renais in Belgien Arbeiterunruhen stattgefunden haben. Nun erfahren wir aus Berichten an deutsche liberale Blätter die Ursache derselben. Hören wir: „In dem sonst so ruhigen flandrischen Städtchen Renais hat es am Donnerstag blutige Szenen gegeben. Das Militär so wohl wie die Gendarmen geteilt mit der Bevölkerung in's Handgemenge; es kam zu einer förmlichen Straßenschlacht, und auf beiden Seiten sind einstuftige Verwundungen zu verzeichnen. Größeres Unheil wurde nur dadurch verhütet, daß es der Person, welche die erbitterte Menge verfolgte, gelang, zu entweichen. Ein Pole, Namens Gravis, besitzt ein belgisches Patent für Anilin-Schwarzfärberei, das von dem Renaiszer Färbereibetrieb stritten wird. Die Sache schwebt vor dem Gerichtshof zu Gent und infolge des Prozesses herrscht seit Wochen unter der Arbeiterbevölkerung und den Färbereibesitzern, die sich durch einen schlechten Ausgang des Prozesses in ihrer Gerechtigkeit glauben, eine gellaltige Erregung. Als Gravis mit zwei Sachverständigen eintraf, wurde er bereits am Bahnhof mit Gebeul und Steinwürfen empfangen, und vor dem Hotel, wo er abstieg, wuchs die Menge bald derart an, daß die Gendarmen herbeigeholt werden mußte. Trotz des Einschreitens derselben begann ein förmliches Bombardement des Hotels mit Pfahlersteinen und Kohlenstücken. Die Aufrührer geräumten die Thüren und zwangen den Eingang, so daß der in den dritten Stock geflüchtete Gravis in erste Gefahr gerieth. Als die Lage immer kritischer wurde, verlangte der Bürgermeister telegraphisch aus dem benachbarten Audenarde militärische Hilfe; eine Escadron Chasseurs à cheval sprengte gegen 5 Uhr Nachmittags mit gezogenem Säbel auf den Platz, von den wüthenden Angreibern mit einem Steinbagnet empfangen. Mehrere Pferde und Reiter führten, der kommandirende Kapitän wurde durch einen Wurf an Kopfe schwer verwundet, vom Blage getragen werden. Nach mehrmaligen vergeblichen Attaken mußten die Truppen von der Feuerwaffe Gebrauch machen; es wurde dreimal in die Luft geschossen, wobei indessen einige leichte Verwundungen vorliefen. Inzwischen war mit einem Extrazug die zweite Escadron der Chasseurs angekommen, die einweilen hinter dem Bahnhofe postirt wurde; es war aber auch dem bedrohten Gravis gelungen, verkleidet nach Station zu entkommen. Bei einbrechender Dunkelheit war endlich die Ruhe wieder hergestellt; Gendarmen und Militär blieben aber während der Nacht auf dem Blage. Der folgende Tag verlief völlig ruhig; mit der Untersuchung des Verfalls ist die Behörde eifrig beschäftigt. Es wird berichtet, daß die Färbereibesitzer sich unter den Aufrührern befanden und dieselben unter Verabreichung von Branntwein zu Gewaltthätigkeiten gereizt hätten.“ So der Bericht. Also die Feigenden haben die Arbeiterunruhen“ verschuldet, und zwar der Konkreten, der Trief nach Erwerb war das Motiv der Aufrührung! Das muß man sich merken.

Die Roth unter den Arbeitslosen Londons nimmt bei der grimmigen Kälte immer noch zu, da die Witterung manche Arbeiten verhindert, welche bei günstigerem Wetter wohl noch hätten ausgeführt werden können. Dabel fliegen die Gaben für den Mansion-House-Fonds jetzt nur noch sehr langsam, denn in voriger Woche sind kaum 2000 Pfr. eingegangen und die Gesamtsumme der Sammlungen am Donnerstag Abend betrug nur etwa 67 000 Pfr. gegen 65 000 Pfr. in der Woche vorher. Von dieser Summe sind etwa 50 000 Pfr. unter die Arbeitslosen vertheilt worden. In der am genannten Abend abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsausschusses erklärte der Lordmayor, daß, wenn die Witterung bald milder werde, ein neuer Aufruf an den Wohlthätigkeitsverein des Publikums nöthig werden würde. In den Provinzen ist die Roth nicht weniger groß wie in London. In Viozpool ist die Zahl der Arbeitslosen durch eine große Menge beschäftigungsloser Ratrosen vermehrt worden. Der Umstand, daß die Schiffseigner ausländischen Ratrosen den Vorzug geben, weil dieselben billiger arbeiten und dem Trunke weniger ergeben sind, als die englischen Seelute, erwähnt das Uebel. — Hierzu wird noch mitgeteilt, daß vor einigen Tagen in einem Komptoir des Handelsamts in Poplar eine ernste Ruhestörung stattfand, in dem Anwerben ausländischer Ratrosen und Deizer für einen der Postdampfer nach dem Kap ihren Grund hatte. Eine große Anzahl englischer Seelute harrte darauf, engagirt zu werden, aber wie es scheint wurde den Fremden der Vorzug gegeben. Die englischen Ratrosen nahmen dies Abi auf und überfielen die Ausländer beim Verlassen des Komptoirs. Es mußte nach der Polizei gefandt werden, und die Thüren des handelsamtlichen Gebäudes wurden geschlossen, während die letzten Angeworbenen, die eben ihren Kontrakt unterzeichnet hatten, durch einen Seitenausgang in eine Nebenstraße entlassen wurden. Doch auch diese wurden von den auf sie lauernden Ratrosen angegriffen und übel behandelt. Es erfolgten große Klagen darüber laut, daß die hervorragenden Dampferlinien so viele Ausländer engagiren.

Das Unfallbudget des englischen Kohlenbergbau. So möchten wir eine in der englischen Zeitschrift „Nature“ (Die Natur) veröffentlichte Uebersicht der Opfer des Kohlenbergbau betriebs nennen. Daß nicht allein jene furchtbare Plage der schlagenden Wetter unter den Bergleuten wüthet — sie fordert auch in vielen anderen Gestalten noch die Lebensgefahr an den Bergmann herantritt, wird die von uns der „Nature“ entnommene Uebersicht deutlich zeigen.

Vom Amur wird gemeldet, daß chinesische Truppen die unberechtigten Goldsucher vom Argun und von der Schelluga, dem neuen, auf chinesischem Boden Regenden, afrikanischen Eldorado, verjagt, ihnen alle Produkte abgenommen und die Gefangenen die Köpfe abgeschlagen und die Leichen an die Landstraße geworfen haben. Schaaren russischer Arbeiter sind ausgehungert und dürrig in Fels gefrieren davongezogen. An den Goldfundstätten hatte man 40 Grad Kälte.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

63. Sitzung vom 10. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Boetticher, von Burckhard, von Schelling, von Dronart.
Eingegangen sind die Gesetzentwürfe, betreffend die Erhebung einer Schiffsabgabe auf der Unterweiser und betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu den Gemeindeforderungen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der schleunige Antrag des Abg. Windthorst und Graf Waldburg-Zell: Der Reichstag wolle beschließen, eine Erklärung dahin abzugeben, daß es unzulässig sei, einen Reichstagsabgeordneten wegen Äußerungen über Thatsachen, welche ihm in dieser seiner Eigenschaft mitgeteilt sind und welche er in Folge dessen im Reichstage vorgetragen hat, einem Zeugniszwangsverfahren zu unterwerfen.

Abg. Windthorst: Wenn man ohne weiteres zugeben wollte, daß ein Abgeordneter wegen hier im Hause gethaner Äußerungen der Pflicht des Zeugniszwangs vor Gericht unterliege, so würde man damit eine weitgehende Beschränkung unserer Redefreiheit ermöglichen. Die Parlamente sind aber dazu da, daß Alles, was im Lande an Uebelständen existirt, hier ohne Scheu und Bedenken zur Sprache gebracht werden kann, damit Abhilfe eintrete. Irigend einen Präzedenzfall zu dem Falle von Schallscha habe ich nicht auffinden können. Sie Sache bedarf also, da sie zum ersten Mal in Erwägung steht und in der That von höchster Bedeutung ist, einer eingehenden Prüfung in einer Kommission. Ich bitte Sie demnach, nicht kurzer Hand heute schon über ihn zu entscheiden, sondern ihn der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen.

Abg. von Bernuth: Die sehr bedeutsame Frage bedarf der eingehendsten Erörterung und sorgfältigsten Erwägung nach allen Richtungen hin, wie sie heute in einmaliger Plenarsitzung unmöglich stattfinden kann. Sie haben wir der Geschäftsordnungs-Kommission alle Gegenstände überwiesen, bei denen es sich um schwerwiegende staatsrechtliche Fragen handelt.

Abg. v. Hammerstein: Ich halte den Antrag nicht für eine geeignete Unterlage von Erörterungen der Geschäftsordnungs-Kommission. Er ist zunächst aus formalen Gründen unzulässig, denn wenn er angenommen würde, so würde sich der Reichstag damit ein Recht beilegen, das ihm nach der Verfassung nicht zusteht. Auch materiell ist der Antrag für mich unannehmbar, da seine Annahme nur den Zweck haben könnte, einen Druck auf die maßgebende Behörde zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens auszuüben. Dies ist gleichfalls unzulässig. Wir würden durch den Antrag zu einer Parlamentsjustiz gelangen (Ob! links), die nichts Besseres und nichts Schlechteres sein würde, als die vielberufene Kabinetsjustiz (Sehr richtig! rechts). Widerspruch links und im Centrum.) Artikel 30 der Verfassung lautet: „Kein Mitglied des Reichstages darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Äußerungen gerichtlich oder disciplinär verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.“ Ich gebe zu, daß diese Bestimmung den Abgeordneten gegen jedes straf- oder zivilrechtliche Verfahren schützt, das auf Grund einer hier im Hause gethanen Äußerung gegen ihn eingeleitet werden könnte. Aber fällt keineswegs unter den Begriff der „gerichtlichen Verurteilung“, oder des „Zurverantwortung ziehens“ eines Abgeordneten, wenn man ihn lediglich dazu nötigt, daß er seiner bürgerlichen Pflicht, ein Zeugnis abzulegen, nachkommt. Auch eine Pflicht des Abgeordneten zur Diskretion kann zu Gunsten des Antrags Windthorst nicht geltend gemacht werden; bei einem Abgeordneten solche Dinge mittheilt, wie der Abg. v. Schallscha hier vortrug, der muß gefast darauf sein, daß sie im Parlamente zur Sprache gebracht werden. Wollte man den Begriff der Verantwortlichkeit des Abgeordneten so weit wie Herr Windthorst will ausdehnen, so würde man damit dem Abgeordneten ein Verleumdungsprivilegium geben (Ob! links), in welchem ein solches Privilegium der allerschlimmsten Art würde unsere Redefreiheit ausarten? Wenn die Antragsteller wünschen, die Frage ex professo zu erörtern, so kann ich ihnen nur anheimstellen, entweder einen Antrag auf authentische Interpretation der Verfassung oder einen solchen auf Wenderung des § 54 der Strafprozessordnung einzubringen. Dieser Paragraph handelt von den Fällen, in denen das Zeugnis verweigert werden kann und gedenkt dabei der Parlamentsmitglieder in keiner Weise. Den heutigen Antrag bitte ich jedenfalls als limbo abzulehnen. Mögen die Antragsteller eine andere Form für ihr Vorhaben suchen! (Beifall rechts. Unruhe links.)

Abg. Hanel: Wenn der Abg. Windthorst heute so kurz in seiner Begründung war, so setzte er jedenfalls voraus, daß kein Mitglied des Hauses sich der gründlichen kommissarischen Verabreichung einer Frage widersetzen würde, bei der es sich um wichtige Rechte des Hauses handelt. Wir haben aber bei uns leider keine wahre Opposition, sondern unsere Konservativen sind nur eine Regierungspartei, die jeden Augenblick, wenn die Regierung ein Recht des Hauses bezweifelt, bereit ist zu sagen, daß sie selber nicht an die Existenz dieses Rechtes glaube. In dieser Weise ist heute der Abg. v. Hammerstein imhalsächlich verfahren; er stellte, ohne die Sache näher zu prüfen, sofort die Prämision auf, daß das Recht, welches uns der Antrag Windthorst erhalten und sichern will, überhaupt nicht existirt. Er hat sich nicht einmal die Mühe gegeben, die gegenwärtigen Anträge, die selbst in der konservativen Presse geäußert worden sind, zu widerlegen. Was er hier vortrug, war so ungründlich und oberflächlich, daß er schon um seiner eigenen Person willen sich etwas mehr Mühe hätte geben sollen. Seine Deutung des Art. 30 der Verfassung ist durchaus unhaltbar. Jede Art der gerichtlichen, sei es strafrechtlichen oder zivilrechtlichen Verfolgung, ist schon durch den ersten Passus des Art. 30 ausgeschlossen. Wenn dann noch hinzugefügt ist: „oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden“, so kann das nur den Sinn haben, daß überhaupt keine Verurteilung der Abgeordneten wegen einer in seinem Beruf gethanen Äußerung in irgend einer Weise, auch nicht als Zeugen vor dem Forum ziehen kann. Herr v. Hammerstein meinte, der Antrag Windthorst würde ein ganz außerordentliches Privilegium geben. Der Herr hat sich nicht einmal die Mühe genommen, den von ihm selbst erwähnten § 54 der Strafprozessordnung zu lesen, wo er gefunden haben würde, daß Geistliche und Rechtsanwalte ein solches Privilegium, wie es der Antrag Windthorst für Abgeordnete fordert, längst haben. Sollen wir eine mildere Redefreiheit besitzen, als die Geistlichen und die Verteidiger? Herr von Hammerstein sagte dann, wir wollten Parlamentsjustiz ausüben. So weit sind wir leider nicht; ich wünschte wir hätten einen Richter, der eines Bruches der Rechte des Parlaments schuldig machte,

sich vor den Schranken des Parlaments deswegen verantworten müßten. Die Konservativen mühen uns in der That zu, wir sollen bei einem Bruch unserer Privilegien einfach den Mund halten. Herr v. Hammerstein wenigstens bindet uns den Mund zu, wo es sich um unsere eigenen und um die Interessen des deutschen Volkes handelt. Eine tendenziöse und selbst nicht tendenziöse Regierung würde unsere Rede in unerhörter Weise beschränken können, wenn sie uns zwingen könnte, für Thatsachen, die wir hier im Hause anführen, einer außerhalb des Hauses stehenden Behörde alles detaillirte Material zu unterbreiten. Ich stimme mit dem Abg. Windthorst für eine eingehende, sachgemäße Prüfung der ganzen Angelegenheit, obwohl ich bereits jetzt vollständig davon überzeugt bin, daß diese Untersuchung nur das Resultat ergeben kann: eine Zeugnispflicht der Abgeordneten wegen Äußerungen, die im Parlamente gethan sind, besteht nicht. Auch ich bin deshalb für Verweisung des Antrags Windthorst an die Geschäftsordnungs-Kommission. (Beifall links.)

Staatsminister v. Boetticher: Meine Herren, es liegt mir gewiss fern, irgend ein Wort gegen die Absicht zu sagen, zu untersuchen, wie weit die im Art. 30 der Verfassung den Reichstagsabgeordneten gewährte Immunität geht. Gegen den Versuch, die Zweifel, die etwa in dieser Hinsicht entstanden sind, zu lösen und demnach durch eine kommissarische Behandlung der Lösung entgegenzuführen, habe ich selbstverständlich nicht das Mindeste zu erinnern. Ich bin überhaupt der Meinung, man kann diese Sache sans ira et studio behandeln und kann an der Hand ähnlicher Verfassungsbestimmungen untersuchen, ob das, was nach dem Antrage des Herrn Abg. Windthorst ausgesprochen werden soll, wirklich staatsrechtlich und verfassungsgemäß haltbar ist. Meine Herren, ich habe, als der Antrag Windthorst in meine Hände kam, mir die Frage vorgelegt: zu welchem Zweck ist dieser Antrag gestellt? Er fordert den Reichstag aus, eine Erklärung abzugeben, welche die Interpretation einer Verfassungsbestimmung durch den Reichstag feststellen soll. Darüber kann der Herr Abg. Windthorst doch nicht zweifeln sein, daß eine solche einseitige Erklärung des Reichstages durchaus nicht im Stande ist, diejenigen Behörden, welche den Art. 30 zu konsolidieren oder anzuwenden haben, in irgend einer Weise zu binden; und ich war sehr begierig, durch die heutige Verhandlung darüber aufzuklärt zu werden, aus welchen Gründen man gleichwohl diese Form des Antrages gewählt habe. Ich hätte es für viel richtiger gehalten, einfach den Antrag an die Geschäftsordnungs-Kommission zu geben, zu untersuchen, ob nach Art. 30 ein Zeugniszwang gegen die Abgeordneten geübt werden kann; oder ich hätte, wenn Zweifel in dieser Beziehung bestehen — und das Zweifel in dieser Beziehung bestehen, konnte doch der Herr Abgeordnete wissen, da eine andere Auslegung als die seinige bereits thatsächlich in Geltung ist — ich hätte es für richtiger gehalten, einen Antrag auf Abänderung resp. Ergänzung der Verfassung zu stellen. Von alle dem ist nicht die Rede gewesen; und ich muß sagen, daß ich auch durch die ausführlicheren Bemerkungen des Herrn Abg. Hanel nicht darüber aufgeklärt worden bin, aus welchen Gründen der Herr Abg. Windthorst dem Antrag die gewählte Form gegeben hat. Der Bundesrath hat sich mit der Frage, die dieser Antrag anregt, bisher nicht beschäftigt. Ich bin deshalb nicht in der Lage, Ihnen heute sagen zu können, welches die Auffassung der verbündeten Regierungen in der fraglichen Beziehung ist. Aber die königlich preussische Regierung hat die Frage einer Prüfung unterzogen und dem sehr nahe liegenden Grunde, daß das strafrechtliche Verfahren, welches auf Grund der Bemerkung des Herrn Abg. v. Schallscha in einer der früheren Reichstagsungen eingeleitet worden ist, vor einem preussischen Gerichtshof schwebt; und die preussische Staatsregierung ist einstimmig zu der Ueberzeugung gekommen (Lachen links) — ja, meine Herren, man kann das belächeln, aber mit diesem Belächeln schlägt man unsere Gründe nicht. Sie kennen sie ja noch gar nicht, also warten Sie doch erst ab, bis ich sie Ihnen angebe — ich sage also, man ist einstimmig zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Art. 30 der Verfassung die Reichstagsabgeordneten nicht dem Zeugniszwangsverfahren unterwirft. Man ist bei dieser Ueberzeugung zurückgegangen auf die Entstehungsgeschichte des Art. 30. Der Art. 30 ist nachgebildet einer Bestimmung der englischen und der belgischen Verfassung. In beiden Verfassungen ist ausdrücklich davon die Rede, daß es sich bloß um strafrechtliche Verfolgungen handle, denen die Abgeordneten wegen ihrer Äußerungen, die sie im Parlamente gemacht haben, entzogen werden sollen. Nun hat die preussische Regierung auch weiter erwogen, daß, auch abgesehen von diesen Vorgängen, die Wortfassung dieses Artikels nicht der Aufassung zur Seite steht, welche der Abg. Hanel soeben als die seinige hingestellt hat, und welche dahin geht, daß man, indem man den Abgeordneten der Verantwortung für seine Äußerungen entzieht, implizite auch um deswillen das Zeugniszwangsverfahren ausgeschlossen habe, weil das Zeugniszwangsverfahren die Auflegung einer Verantwortung involvire. Meine Herren, diese Auffassung hat die königlich preussische Regierung nicht zu der übrigen machen können; von einer Verantwortung in einem strafprozessualischen Verfahren kann zunächst nur die Rede sein gegenüber dem Angeklagten, und der Zeuge, der das Material herbeischaffen soll, um die Anklage zu stützen, unterliegt keiner Verantwortung als der allgemeinen Verantwortung, vor Gericht alles das zu sagen, was man weiß, und was der Wahrheit entspricht. (Abg. Dr. Hanel: Hörl! hörl!) Ein Verantwortungsgegenstand liegt also unumgänglich dem Wortsinne nach in der Aufforderung, Zeugnis abzulegen. Die königlich preussische Regierung hält aber auch eine Einmischung des Reichstages gegenüber dieser Frage insoweit nicht am Plage, als diese Einmischung darauf abzielt, einen Ausspruch zu thun, der nach außen hin auf die Handhabung des Art. 30 eine Wirkung ausüben soll. Die preussische Regierung ist der Meinung, daß zweifelhafte Verfassungsbestimmungen nur deklarirt werden können durch ein Gesetz. Sie ist ferner der Meinung, daß der Richter die Pflicht hat, die Gesetze nach ihrer Bedeutung und nach seinem Ermessen zur Anwendung zu bringen, und daß er sich dabei nicht beeinflussen lassen darf durch den einseitigen Spruch eines gesetzgebenden Faktors. Meine Herren, die preussische Regierung ist nun aber auch materiell der Meinung, daß es gar nicht in der Absicht des Art. 30 gelegen haben kann, und daß die gesetzgebenden Faktoren auch selber nicht die Absicht gehabt haben, die Immunität, welche der Art. 30 enthält, auf das Zeugniszwangsverfahren auszudehnen; Herr von Hammerstein hat die Gründe dafür schon meines Erachtens sehr treffend angegeben. Während im Strafgesetzbuch im § 11 ausdrücklich davon die Rede ist, daß Abgeordnete wegen der von ihnen gethanen Äußerungen nicht strafrechtlich verfolgt werden dürfen, finden sich in der Strafprozessordnung die Abgeordneten gar nicht unter denjenigen Personen aufgeführt, welche unter Umständen das Zeugnis verweigern können. Also, meine

Herren, aus diesen Gründen hat die preussische Regierung die Ueberzeugung geschöpft, daß der Art. 30 das Zwangsverfahren gegen einen Abgeordneten nicht ausschließt; sie hat weiter die Ueberzeugung, daß ein Eingriff des Reichstages in der fraglichen Beziehung verfassungsmäßig unzulässig ist, und wenn ich auch dem Antrage, den Sie beschäftigenden Antrag in die Kommission zu verweisen, nicht entgegenstehe kann, so muß ich doch dringend wünschen, daß aus der Kommission etwas anderes hervorgeht, als der Antrag Windthorst, der durchaus erfolglos bleiben wird. (Bravo! rechts. Ob! ob! links und im Centrum.)

Abg. v. Reinbaben: Mit Unrecht hat man uns vorgeworfen, daß wir in der Aufrechterhaltung der Privilegien dieses Hauses die übrigen Parteien im Stich gelassen hätten. Die Konservativen verlangen nur, daß man bei solchen Anträgen einen festen Boden unter den Füßen habe, denn die Parlamente besitzen keine Bajonette, um ihre Rechte zur Durchföhrung zu bringen. Es steht ihnen nur zur Seite die moralische Macht ihrer Ansprüche. Der vorliegende Antrag scheint diese Vorsticht außer Acht zu lassen. Er hat nach Form und Inhalt eine gewisse Familienähnlichkeit mit demjenigen, welchen wir vor einiger Zeit hier verhandelt haben, von seinen Urhebern von vornherein preisgegeben und in der Kommission begraben ist. Es ist eine Ehrenpflicht jedes Bürgers, ob hoch, ob niedrig, als Eideshelfer den Staat zu unterstützen gegen diejenigen, welche die staatliche Ordnung durchbrechen. Daß diese Pflichterfüllung als eine gerichtliche Verfolgung charakterisirt wird, heißt doch dem Sprachgebrauch und unseren Rechtsbegriffen Gewalt ant thun. Der Antrag in der Form, wie er gestellt ist, enthält einen Eingriff in den regelmäßigen Lauf unserer Justiz. Wenn es sich um eine offenkundige Verletzung unserer Rechte handelte, so könnte ich mir eine Erklärung, wie sie hier verlangt wird, als einen Akt der Nothwehr denken. Ich würde aber auch hier verlangen, daß man zunächst abwartete, wie die höchste Beschwerdebefugnis in der Sache entschieden hat. Es hat mich gewundert, daß diejenigen, welche den Rechtsstaat im Gegensatz zum Polizeistaat so stark urgiren, einen so geringen Respekt vor der Autorität der Gerichte haben, daß diejenigen, welche die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz wollen, so leicht geneigt sind, den Abgeordneten der Verpföchtung zu entziehen, die das Gesetz jedem Bürger auferlegt, daß diejenigen, die zur Gesetzgebung berufen sind, nicht die Nothwendigkeit erkennen, zunächst das Beispiel unbedingten Gehorsams vor dem Gesetz zu geben. Man würde doch erst den Nachweis führen müssen, daß diese Zeugnispflicht wirklich zur Beeinträchtigung der parlamentarischen Redefreiheit geführt hat. So lange die Reichsversammlung besteht, ist ein solcher Fall nicht vorgekommen. Am wenigsten bietet der vorliegende Fall eine Ursache zur Verfassungsänderung. Es ist vielmehr sehr gut, daß es noch Mittel giebt, den Abg. von Schallscha dazu zu zwingen, dem Richter alles das anzugeben, was er in Bezug auf das fragliche Mündigverbrechen weiß, denn es handelt sich bei diesem Verbrechen um ein sehr wichtiges Staatsinteresse. Trotz dieser Bedenken sind meine politischen Freunde bereit, die Konsequenzen des vorliegenden Antrages in der Geschäftsordnungs-Kommission näher zu erörtern. (Beifall rechts.)

Staatssekretär v. Boetticher: Meine Herren, nur wenige Worte. Der Herr Abg. Hanel hat mich beglückwünscht, daß ich eine falsche Quelle für die Verfassungsbestimmung des Art. 30 zitirt hätte. Er hat diese Beglückwünschung mit dem Scherz beglückt, daß ganze preussische Staatsministerum habe sich einstimmig geirrt. Nun ist aber dieser Vorwurf nicht begründet. Ich habe gesprochen von einem Vorbilde, das für den Art. 30 genommen worden ist, und ich habe mich nicht auf die belgische Verfassung beschränkt, sondern ich habe ausdrücklich gesagt, daß auch die englische Verfassung von 1689 hierbei zu Rathe gezogen worden sei. Daß der Herr Abg. Hanel diesen beiden Vorbildern gegenüber, die allemal bei der Herstellung unserer Verfassung benutzt worden sind, sich auf die französische Verfassung beruft, das ist ja von seinem Standpunkte aus ganz geschickt, weil in Frankreich ein Fall vorgekommen ist, in welchem man aus der betreffenden Bestimmung der französischen Verfassung deduzirt hat, daß der Zeugniszwang unzulässig sei. Damit ist aber gar nicht gesagt, daß ich etwas Unrichtiges behauptet hätte, denn, wie gesagt, meine Behauptung wird durch die Akten bestätigt. (Abg. Hanel: Nein!) Ich weiß nicht, ob die Akten über die Herstellung des ersten Entwurfs der deutschen Verfassung dem Herrn Abg. Hanel zur Disposition stehen oder nicht? (Abg. Hanel: Sie stehen mir zur Disposition.) Wir wollen die Akten gegenseitig gegen einander halten, und dann wollen wir sehen, wer Recht hat. Dann hat der Herr Abg. Hanel gesagt, die preussische Regierung, die mit der Sache gar nichts zu thun habe, habe sich veranlaßt gesehen, in die Materie sich hinein zu begeben, und er könne dem Reichstag nur empfehlen, dasselbe zu thun, was die preussische Regierung diese Frage nicht angeht, ist doch eine zu süße Behauptung. Erstens ist die preussische Regierung bekanntlich Mitglied des deutschen Bundes und des deutschen Bundesrats und hat als solches auch ein Urtheil darüber abzugeben, wie Verfassungsbestimmungen auszulegen sind. Wenn also die Auslegung einer Verfassungsbestimmung in Frage kommt, so hat die preussische Regierung ebenso gut wie jedes andere Bundesmitglied Veranlassung, die Pflicht und das Recht, sich damit zu beschäftigen; und ich weise den Vorwurf ganz entschieden zurück, daß die preussische Regierung nichts mit der Sache zu thun habe. Dieser Vorwurf ist aber auch aus einem anderen Grunde ganz unbegründet. Es handelt sich hier um ein Verfahren vor preussischen Gerichten, und die preussische Regierung hat ebenso wie jede andere Regierung das Recht und die Pflicht, jeden Einfluß abzuwenden, der unbedeutendweise gegen die Freiheit der Entscheidungen ihrer Gerichte geübt werden könnte. (Zustimmung rechts; Widerspruch links.) Aus diesem Grunde allein hat sich die königl. preussische Regierung mit der Frage beschäftigt und sie wird in allen ähnlichen Fragen ganz mit derselben Gewissenhaftigkeit und mit derselben Energie thätig werden. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Hammerstein: Daß wir zu keinem gemeinsamen Ziel in dieser Beziehung kommen, liegt in der tiefen Differenz unserer Anschauungen und darin, daß Herr Hanel eine Parlamentsjustiz anstrebt, deren grundrätlich Begner wir sind. Ich konstatare, daß gerade von Seiten der schrittspartei im Wege der Parlamentsjustiz ein zuüben versucht wird auf den preussischen Reichstag. Hätte ich sonst keine Gründe gegen den Herrn Hanel, so hätte dieser hingereicht. Herr Hanel ist nicht wahr, daß wir versuchten, der Frage zu verhandeln und den Todt zu machen, es handelt sich was ist verfassungsmäßiges Recht?

rathung der Lohnkommission mit den Meistern hervorgegangen ist, unverändert angenommen unter dem Vorbehalt, daß es den Gesellen gestattet sein soll, im Herbst an den für die verschiedenen Steinarten angelegten Abfordrungen Änderungen zu beantragen. Auch die von der Lohnkommission den Meistern gemachte Konzeption, daß der neue Lohn erst am 15. Mai (nicht schon am 1. Mai) in Kraft treten soll, wurde anerkannt. In Bezug auf Arbeiter, die im Tarif nicht aufgeführt sind, ist dem Tarif die Erklärung hinzugefügt, daß solche Arbeiter nach Vereinbarung bezahlt oder, wenn eine Vereinbarung nicht zu Stande kommt, im Tageslohn gemacht werden sollen. Es wurde ein Zusatz zu dieser Erklärung angenommen, welchem zufolge der Arbeiter, wenn ihm der Abfordrpreis erst, nachdem er einen Tag gearbeitet, bekannt gemacht wird und er den Abfordrpreis zu niedrig findet, berechtigt ist, die Arbeit niederzulegen und zu fordern, daß ihm seine Arbeit nach dem Tageslohn bezahlt werde. Darauf machte Herr Rohn Mittheilungen in Betreff eines Kongresses der deutschen Steinmeyer, der am 25., 26. und 27. April zu Köln stattfinden wird und forderte zur Beschickung des Kongresses auf. Die Versammlung beschloß einstimmig, zwei Delegirte für den Kongress zu wählen. Es wurden Herr Stieber, der Vorsitzende des Fachvereins und Herr Hempel gewählt. Ein Antrag des Vorstandes, daß den Steinmeyern, welche in Rarmor arbeiten, der Eintritt in den Fachverein bis zum 4. April für das nächste Einschreibegeld gestattet werden möge, wurde nach kurzer Debatte angenommen. — Von zwei Darlehnsgebeten wurde das eine bewilligt, das andere dem Vorstande zur Erledigung überwiesen. Der Vorsitzende theilte darauf mit, daß der Streik der Steinmeyer in Hamburg noch fortbauere und daß der Stand des Streiks in Dänischen, wohin er von den ihm zur Verfügung gestellten 500 Mark 450 Mark gesandt habe, ein für die dortigen Kollegen durchaus günstiger sei. Herr Rohn, der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Steinmeyer, machte erfreuliche Mittheilungen über das Gedeihen der in Hamburg, Leipzig, Dresden und in anderen Städten bestehenden Fachvereine.

* Gr. Volks-Versammlung für Männer und Frauen heute, Donnerstag, Abends 8 Uhr, in Galy Salon, Brunnenstraße 140. Tagesordnung: Welche Vortheile bietet den Arbeitern Berlins der neugegründete Sanitätsverein für Arbeiter beiderlei Geschlechts? Referent Herr Reichstagsabgeordneter Deine.

Öffentliche Versammlung des Kulturbundes Freitag, den 12. März, Abends 8 Uhr, in Nietz's Salon, Kommandantenstraße 71-72. Vortrag von Frau Ristner, über: „Unsere Diensthofen“. Eintritt frei. Nur für Erwachsene.

Gr. öffentl. General-Versammlung sämmtlicher Dachdecker Berlins und Umgegend am Freitag, den 12. März, Abends 8 Uhr, im Restaurant Sahn, Innenstraße 16. Tagesordnung: 1. Wie verhalten wir uns den Beschlüssen der Ar-

beitgeber gegenüber betrefis unseres Lohns und wie befestigen wir unsere Organisation. Referent: Herr Stadtverordneter Rilan. 2. Verschiedenes. Büllets zum 15. März sind für Mitglieder des Vereins in der Versammlung unentgeltlich zu haben.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Drechsler und verwandten Berufsgenossen Deutschlands (C. S. 48), Verwaltungsstelle Berlin A. und B. Den Berliner Mitgliedern genannter Kasse zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 13. März cr., im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a, ein großer Wiener Maskenball stattfindet. Für große Ueberraschungen während der Pausen ist bestens gesorgt. Da der gesammte Ueberschuß zum Besten der Kasse verwendet wird, ist es Pflicht aller Mitglieder und Freunde der Kasse, durch Theilnahme an dem Vergnügen dafür zu sorgen, daß besagter Ueberschuß ein recht großer wird. Büllets werden an der Kasse nicht verkauft und wird deshalb gebeten, sich vorher mit solchen zu versehen. Gleichseitig werden diejenigen, welche im Besitze mehrerer Büllets sind, aufgefordert, dieselben so schnell wie möglich abzuverleihen.

Der Verein sämmtlicher Berufsklassen Berlin I (C. S.) hält Sonnabend, den 13. d. M., Abends 8 Uhr, Mühlstraße 5, seine regelmäßige Versammlung ab. Tagesordnung: 1. Anträge. 2. Mittheilungen. 3. Geschäftliches. Neue Mitglieder werden in jeder Versammlung, sowie beim Kaffee Schilling, Kopenstr. 48, aufgenommen. Gäste sind in den Versammlungen stets gern gesehen.

Gewerkschaft der Metallarbeiter Berlins und Umgegend. Dienstag, den 16. März, Abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Wedding Park, Müllerstr. 178. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes, Fragekasten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen. (Näheres Inserat am Dienstag.)

Zum Bericht über die Tapezierer-Versammlung in der gestrigen Nummer unseres Blattes berichtigen wir im Nachstehenden eine durch Auslassung einzelner Sätze des Manuskripts im Drucke unverständlich gewordene Stelle des Berichts. Dieselbe (S. Zeile 55 des Berichts von oben) soll wie folgt lauten: „Im weiteren Verlaufe der Diskussion, an der sich eine große Anzahl von Rednern, auch ein paar Innungsmitglieder, die Herren Kuffel, Krab und Klog, theilnahmen, handelte es sich hauptsächlich um das Verhalten der Innungsmitglieder gegenüber den Bestrebungen und der Fachorganisation der Gehilfen, wobei die erstgenannten beiden Innungsmeister den Innungsvorstand zu vertheidigen suchten, die Gehilfenforderungen übrigens als gerechtfertigt und billig anerkannten, aber doch gegen einen gleichmäßigen Minimallohn von 22 oder 21 R. Einwendungen machten.“

Berichtigung. Der Bericht über die Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Tischler und Pianoforte-Arbeiter

Berlins (in der Beilage vom Dienstag, den 9. März) enthält auf Seite 24 einen Druckfehler. Es muß dort heißen: Schröpfer 66 Stimmen (nicht 166). Ferner muß es auf Seite 46 heißen: der Tag vermerkt wird, an welchem u. s. w.

Briefkasten der Redaktion.

N. 94. Erstochen. Am richtigsten ist es jedoch, wenn derartige Wörter überhaupt nicht getheilt werden.

N. 95. Die Wellen, nicht den Wellen.

N. 96. Das Verlangen des Lehrmeisters Ihres Sohnes, daß Sie zu den Krankenkassenbeiträgen des letzteren 1/2 beisteuern, ist gerechtfertigt. Ob der Verkontrakt gestempelt ist oder nicht, ist gleichgültig.

Tischler K. Soweit wir haben ermitteln können, existirt eine Polizei-Verordnung, wonach die Treppe eines Neubaus mit einem provisorischen Geländer versehen sein muß, nicht. Machen Sie doch Ihren Anwalt auf den § 120 Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung aufmerksam.

Stettiner. Daß die Polizei die Beglaubigung einer Unterschrift von der Zahlung von 2 R. abhängig macht, ist unter allen Umständen ganz undenkbar. Verlangen Sie von Herrn B. die Ausstellung eines anderweitigen beglaubigten Zeugnisses mit demselben Inhalte, wie das frühere. Sollte er sich dessen weigern, so verklagen Sie ihn beim Gewerbe-Bericht in Stettin.

N. Elisabethstr. Daß Sie während Ihres Krankheits einmal eine Weile und einen Schnaps getrunken haben, kann Ihnen Ihren Anspruch auf Gewährung einer Unterstützung aus einem privaten Krankenkassenverein nicht nehmen. Sie müssen event. die sämmtlichen Vereinsmitglieder verklagen.

D. R., Reinickendorf. Die Erklärung, mit einem bestimmten Kollegen nicht mehr zusammen arbeiten zu wollen, enthält eine Beleidigung desselben, wenn nicht genügende, diesen Entschluß rechtfertigende Gründe angegeben werden. Wenn diese Erklärung zu dem Zwecke erfolgt, den Betreffenden dadurch zur Theilnahme an einer, bessere Lohnbedingungen erstrebenden Vereinigung oder Betreibung zu bestimmen, so würde die Strafbestimmung des § 153 der Gewerbe-Ordnung Platz greifen. Also seien Sie jedenfalls vorsichtig.

G. L., Fischerstr. Nur Ihre Frau, nicht auch Sie können wegen einer von ersterer vor der Ehe auf Abzahlung gekauften Nähmaschine verklagt werden. Beantragen Sie, die Klage kostenpflichtig abzuweilen.

Berlin 100. Die Gerichtskosten wegen des gegen Sie statgehabten Strafverfahrens können auch beigetrieben werden, während Sie die Strafe verbüßen; die für Ihre Familie unentbehrlichen Gebrauchsgegenstände unterliegen aber der Zwangsversteigerung nicht.

Theater.

Donnerstag, den 11. März. Opernhaus. Lannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.

Schauspielhaus. Minna von Barnhelm, oder: Das Soldatenglied, Lustspiel in 5 Akten G. E. Lessing.

Deutsches Theater. Ein Tropfen Gift. Wallner-Theater. Leichte Streiche. Vorher: Groß Reinemachen.

Residenz-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).

Belle-Alliance-Theater. Pariser Leben. Romische Operette in 4 Akten von Reilhae und Galeov.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Rigeunerbaron, von Joh. Strauß.

Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspieler und 3 Akten von Jakobson und Willen.

Rouffensstädtisches Theater. Abracadabra. Central-Theater. Der Stabs-Trompeter.

Viktoria-Theater. Messalina.

Ostend-Theater. Der Graf von Monte Christo, Schauspiel in 3 Abtheilungen nach Alex. Dumas von Dr. Carl Schmidt.

American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Ronfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater. Wallnertheaterstraße 15. [851]

Heute und folgende Tage: Moderne Jagabonden, Boffe mit Gesang in 8 Bildern von Dr. G. Jacobson. Musik von Michaelis.

Vor der Vorstellung: Gr. Konzert der Hauskapelle.

Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Anfang des Konzerts Sonntags 8 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Wens haben Wochentags Gültigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab. [852]

Kaiser-Panorama. Nur diese Woche: Eine interess. Wanderung d. Wien. 1. Abth.: Die malerische Schweiz, St. Gotthardbahn.

Dertha-Reise. a. Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht von dem nach schwerem Leiden am 8. d. M. erfolgten Ableben meines lieben Mannes, des Buchbinders

Otto Freymann.

Die Beerdigung findet am Freitag Nachmittags 3 Uhr auf dem Friedhofe der Anstalt Dalldorf statt. [948]

Die trauernden Hinterbliebenen.

Den Mitgliedern des Tischlervereins zur Nachricht, daß unser Mitglied

Vater Wolf

am 9. d. M. gestorben ist. — Die Beerdigung findet heute, am 11. d. M., Nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofes aus statt. Um rege Theilnahme ersucht [944]

Der Vorstand.

Große Volks-Versammlung für Männer und Frauen

heute, Donnerstag, Abends 8 Uhr, in Gräß's Gesellschaftshaus, Brunnenstr. 140.

Tages-Ordnung: Welche Vortheile bietet den Arbeitern Berlins der neu gegründete Sanitätsverein. Referent: Herr Reichstagsabg. Deine. [951]

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Drechsler und verw.

Berufsgenossen

Deutschlands (C. S. 48) Verwaltungsstelle Berlin A. und B.

Am Sonnabend, den 13. März d. J.

Wiener Maskenball

im Konzerthaus „Sanssouci“, Kottbuserstr. 4a. Um zahlreichen Besuch bittet [931]

Das Vergnügungs-Komitee.

Außerordentliche Generalversammlung der Mitglieder der Kranken- und Begräbniskasse für die im Berliner Gärtnerei- und Bronzergewerbe beschäftigten Personen (C. S. 60)

am Sonntag, den 14. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Baumhofs Kasino, Pringensstraße 94.

Tagesordnung: 1. Beschlußfassung über Erhöhung der Beiträge. 2. Vorlage und Beschlußfassung der vom Vorstande geänderten §§ 2, 4, 6, 7, 10, 11, 14, 16, 19, 29 der Statuten. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen. Als Legitimation muß das Quittungsbuch vorgezeigt werden, ohne Quittungsbuch kein Einlaß. [945]

Der Vorstand.

Masken-Garderobe

F. Stenzel,

Str. 21, Dresdener-Straße Nr. 21. Elegante Kostüme zu den solidesten Preisen. [745]

Bereine Ermäßigung.

Arbeitsmarkt.

Plattenschneder, Fraiser, Zusdreher und sonstige Arbeiter suchen

Siegel u. Co., Steinnußknopf-Fabrik, NW., Haldestr. 48. [929]

Den Knopfarbeitern

zur Nachricht, daß in der Fabrik von G. M. Siegel u. Co., Haldestr. 48, der Streik ausgebrochen ist. Zugang ist fern zu halten. [925]

Die Kommission.

Geschäfts-Uebersicht

der Productiv- u. Rohstoff-Genossenschaft der Schneider zu Berlin (C. S.)

vom 3. März 1885 bis 31. December 1885.

Gewinn- und Verlust-Conto.

Debet.		Credit.	
Zinsen-Conto	RI. 58,88	Waaren-Conto	RI. 7179,06
Handlungs-Unkosten-Conto	„ 5415,64	Agio-Conto	„ 40,-
Utenilien-Conto	„ 112,13		
10 % Abschreibung v. RI. 1121,30			
Gewinn vom 3. März bis 31. Dezember 1885	„ 1632,42		
Davon:			
Reservefonds-Conto	„ 326,48		
Mitgliederkapital-Conto	„ 1305,94		
	1632,42		
	RI. 7219,06		RI. 7219,06

Bilanz-Conto.

Activa.		Passiva.	
Waaren-Conto	RI. 26 279,71	Creditoren-Conto	RI. 27 394,49
Debitoren-Conto	„ 3 759,85	Reservefonds-Conto	„ 110,25
Cassa-Conto	„ 731,53	20 % Zuschreibung von	
Utenilien-Conto	„ 1121,30	RI. 1632,42	„ 326,48
10 % Abschreibung	„ 112,13		
	1 000,17	Mitgliederkapital-Conto	2642,90
		Gewinn	„ 1305,94
			„ 3 948,64
	RI. 31 780,06		RI. 31 780,06

Mitgliederzahl beim Eintragen ins Handels-Register am 27. Februar 1885: 35; eingetretten 1885: 21; ausgeschieden 1885: 2; Mitgliederzahl am 31. December 1885: 54.

Der Vorstand, Friedrich Eppinger, Obmann, Julius Föhne, Lagerhalter, Ferdinand Imms, Kassirer.

Geprüft und mit den Geschäftsbüchern übereinstimmend gefunden.

Der Aufsichtsrath, Friedrich Güttner, Wilhelm Antonius, August Schmidt, Franz Solzhüter, Carl Gensel. [943]

Roh-Tabak!!

Die ganzen großen Bestände eines in Konkurs gerathenen holländischen sehr bedeutenden Hauses haben wir wesentlich unter der Care erworben und offeriren daher enorm billig: Sumatra-Decke, vorzüglich in Brand und Farbe, Pfläzer-u. Rebuts-Aublat und Aufardeiter, Pfläzer u. Rebuts-Einlage, Felix-Grass-Einlage und Aublat. Außerdem Savanna- und Java-Decke, Carmen, Domingo u. c. bedeutend billiger wie jede Konkurrenz, so lange dieser Vorrath reicht.

Rohtabakshandlg. Lothringerstr. 48, Hof I.

Außerhalb Häuser gegen Aufnahme.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich Michaelkirchstr. 5 ein

Restaurant

eröffnet habe und bitte mich durch geeigneten Besuch gütigst unterstützen zu wollen. [912]

Hochachtungsvoll A. Schade.

Ein Monteur auf Haus-Telegraphen gesucht [954]

Arbeiter auf Haus-Telegraphen verlangt [963]

Blumenthal, Neue Friedrichstr. 44.

Stepper, Knopfloch- und Handarbeiterrinnen auf Eisfahnen verlangt [907]

Bandwehrstr. 9, Hof III.